

Dokumentation

EINE REDE STRESEMANNS ÜBER SEINE LOCARNOPOLITIK

Die hier abgedruckte Rede Stresemanns wurde in Berlin vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am 22. November 1925 gehalten. Der Wortlaut ist dem parteiamtlichen maschinenschriftlichen Protokoll entnommen. Dieses, sowie vier weitere Protokolle von Sitzungen des Zentralvorstandes (1924, 1926, 1927, 1929), befindet sich im Bestand „Deutsche Volkspartei“ im Bundesarchiv zu Koblenz¹. Auf allen fünf Sitzungen hat Stresemann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralvorstandes eine ausführliche Rede gehalten. Außerdem hat er im Laufe der anschließenden Aussprache weitere Bemerkungen gemacht. Ein Teil seiner Bemerkungen zur Diskussion am 22. November 1925 wird nach seiner Rede unten mit abgedruckt.

Diese Reden und Bemerkungen Stresemanns vor dem Zentralvorstand der DVP sind als Quellen für seine Außenpolitik noch nicht ausgewertet worden. Bisher sind sie in nur zwei Arbeiten zitiert worden, und zwar ausschließlich im Zusammenhang mit der Innenpolitik². Die Mehrzahl von ihnen werfen aber mehr Licht auf Stresemanns Außenpolitik als auf die Innenpolitik, denn ab 1924 trat er gewöhnlich auch vor der eigenen Partei als Außenminister auf. Mit Ausnahme der Tagung von 1929, wo eine schwelende Krise in der damaligen großen Koalition die Innenpolitik in den Vordergrund schob, sprach er hauptsächlich über außenpolitische Angelegenheiten. Seine Äußerungen auf diesen Sitzungen verdienen daher die Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft in der fortlaufenden Auseinandersetzung mit seiner Außenpolitik.

Aus mehreren Gründen sind diese Äußerungen als Geschichtsquellen besonders wertvoll. Sie vermehren zum Beispiel jene seltene Gelegenheiten, wo der Historiker Zeuge sein kann, wie Stresemann praktisch aus dem Stegreif seine außenpolitischen Gedanken formulierte. Der Wortlaut stammt nicht aus vorbereiteten Manuskripten, sondern wurde auf der Stelle von einem Stenographen niedergeschrieben.

Das Fehlen einer formalen Gliederung in den Reden sowie die vielen Abschweifungen geben Grund zu der Vermutung, daß Stresemann sich vor dem Zentralvorstand gewöhnlich auf kurze Notizen in Form von Stichworten gestützt hat, was auch sonst häufig sein Gebrauch war. Eine Durchforschung seines Nachlasses hat für nur eine dieser Reden – die vom Jahre 1929 – einen Entwurf ans Licht gebracht, dessen Text allerdings mit dem stenographisch aufgenommenen Wortlaut nicht übereinstimmt³. Bei seinen Bemerkungen zur Diskussion sprach Stresemann wahrscheinlich völlig frei. Aus den vielen orthographischen Fehlern (hier korrigiert) sowie ausgelassenen Worten und Satzteilen läßt sich folgern, daß Stresemann nachher

¹ Protokoll vom 22. 11. 1925: R 45 II/40; vom 6. 7. 1924: R 45 II/59; vom 1. 10. 1926: R 45 II/41; vom 19. 3. 1927: R 45 II/42; vom 26. 2. 1929: R 45 II/43.

² Roland Thimme, *Stresemann und die deutsche Volkspartei 1923–1925*, Lübeck 1961; Henry Ashby Turner Jr., *Stresemann and the Politics of the Weimar Republic*, Princeton 1963, deutsche Übersetzung: Stresemann, Republikaner aus Vernunft, Berlin 1968.

³ Mikrofilm Rolle 3164, Band 103, S. 174 673–90.

den stenographischen Wortlaut weder korrigiert noch redigiert hat, im Gegensatz zu seiner Gewohnheit bei Reden, die so niedergeschrieben wurden⁴. Man darf also wohl die unten abgedruckten Worte als diejenigen betrachten, die er tatsächlich gesprochen hat, natürlich vorbehaltlich möglicher Fehler des Stenographen.

Ein zweiter Grund für den Wert dieser Äußerungen vor dem Zentralvorstand liegt darin, daß bei diesen Gelegenheiten Stresemann in einem vertrauten Kreise sprach. Bei den meisten der überlieferten Reden, in denen er sich mit seiner Außenpolitik befaßte, sprach er Zuhörer an, deren Vertrauenswürdigkeit zweifelhaft war. Er mußte also seine Worte mit Rücksicht auf ihre Wirkung auf die Innen- und Außenpolitik sorgfältig abwägen. Vor dem Zentralvorstand seiner eigenen Partei jedoch waren diese hemmenden Erwägungen, wenn nicht völlig ausgeschaltet, so doch wenigstens sehr vermindert. Die Sitzungen dieses Gremiums waren nämlich traditionsgemäß vertraulich. Teilnahme wurde streng auf Mitglieder beschränkt, und alle, sogar Vertreter der Parteipresse, wurden verpflichtet, in der Öffentlichkeit nicht über den summarischen parteiamtlichen Bericht hinauszugehen⁵. In seinen Reden betonte Stresemann diese Vertraulichkeit der Sitzungen wiederholt, besonders bei der Behandlung empfindlicher außenpolitischer Zusammenhänge. Obwohl der Zentralvorstand kein kleines Gremium war – er zählte in diesen Jahren fast 300 Mitglieder, wenn auch kaum alle an den Sitzungen teilnahmen⁶ – wurde Stresemanns Vertrauen nicht verletzt. Es gab keinen einzigen Fall eines Durchsickerns seiner außenpolitischen Bemerkungen an die Presse. Er konnte daher offen sprechen, ohne fürchten zu müssen, daß seine Worte am nächsten Morgen im „Vorwärts“ oder im „Matin“ erscheinen würden.

Der Wert dieser Äußerungen vor dem Zentralvorstand wird noch dadurch gesteigert, daß es nicht leicht ist, sie als taktisch motiviert abzutun. Dieser Einwand kann gegen manche derjenigen Dokumente, die in der revisionistischen Geschichtsschreibung über Stresemanns Außenpolitik eine große Rolle gespielt haben, erhoben werden. Das gilt zum Beispiel für seinen so oft zitierten Brief an den ehemaligen Kronprinzen im September 1925, für seine Rede vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landmannschaften im Dezember des gleichen Jahres⁷ und für seine vielen

⁴ Einige orthographische Fehler wurden mit Tinte korrigiert, aber die Handschrift ist nicht die Stresemanns.

⁵ Siehe die Einladung der Reichsgeschäftsstelle für die Sitzung vom 22. 11. 1925, unter dem Datum 16. 11. 1925: R 45 II/40, S. 258. Obwohl Stresemann in seiner Rede sagte, daß es „nicht beabsichtigt ist, über die Verhandlungen einen Bericht herauszugeben“, wurde ein solcher Bericht wie gewöhnlich an die Presse gegeben: Siehe Frankfurter Zeitung vom 23. 11. 1925, Nr. 872.

⁶ Die Mitgliedschaft schwankte mit der Zahl der gewählten DVP Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen. Im März 1924 zählte der Zentralvorstand 335 Mitglieder: R 45 II/39. Nach der Wahlniederlage vom Mai 1924 wurde die Mitgliedschaft auf „etwa 300 Personen“ von der Reichsgeschäftsstelle geschätzt: Brief an DVP Frankfurt am Main, Juli 1924, R 45 II/39. Bei den Abstimmungen wurden selten mehr als 150 Stimmen abgegeben: siehe R 45 II/39, S. 275, S. 495, S. 543. Leider gibt es keine Anwesenheitslisten.

⁷ Diese Rede (vom 14. Dezember 1925) ist in vollem Wortlaut jetzt abgedruckt im Anhang zu: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik. Serie B, Bd. I, S. 727 ff.

Äußerungen den Deutschnationalen und der Presse gegenüber. In allen diesen Fällen richtete Stresemann aber seine Worte an Zuhörer, die seiner Außenpolitik gegenüber potentiell feindlich oder zumindest mißtrauisch eingestellt waren. Es ist also möglich einzuwenden, daß er sich bei diesen Gelegenheiten bemüht hat, seine Politik „härter“ scheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit war, um die Unterstützung dieser Zuhörer zu gewinnen. Vor dem Zentralvorstand der DVP gab es jedoch wenig Grund für eine solche Übertreibung der nationalistischen und realpolitischen Seite seiner Politik. Dort sprach er kein feindliches oder mißtrauisches Publikum an, sondern eins, dessen Unterstützung er sicher war. Die DVP war bekanntlich nicht immer loyal ihrem Vorsitzenden gegenüber und wiederholt mußte sich Stresemann gegen Rebellionen wehren. Aber ohne Ausnahme ergaben sich diese Rebellionen aus der Innenpolitik. Kein einziges Mal gab es einen ernsthaften Angriff auf seine Außenpolitik seitens der DVP. Weder Dawesplan noch Locarno, weder der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund noch der Youngplan stießen auf ernsthaften Widerstand innerhalb seiner Partei. Dazu kommt, daß seit dem Frühjahr 1924 – als Stresemann eine Rechts-Fronde innerhalb der DVP auseinander getrieben hatte – bis zur Zeit der großen Koalition in den Jahren 1928–29 auch keine bedeutende innenpolitische Opposition vorhanden war.

Zur Zeit der Sitzung vom 22. November 1925 stand Locarno im Mittelpunkt der deutschen Politik. Mitte Oktober hatte die deutsche Delegation die Verträge, die in den Verhandlungen in Locarno zustande gekommen waren, paraphiert. Kurz danach hatten die Deutschnationalen plötzlich die Verträge abgelehnt und waren aus der Regierung zurückgetreten. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der DVP gaben dagegen den Verträgen ihre volle Unterstützung. Infolge des Verlustes der Stimmen der Deutschnationalen war aber das Schicksal der Vereinbarungen einige Zeit lang in Zweifel, bis endlich klar wurde, daß die SPD bei der Abstimmung im Reichstag am 27. November der Minderheitsregierung mit ihren Stimmen beispringen würde. Am 22. November wußte also Stresemann schon, daß er am 1. Dezember, dem vereinbarten Tag für die endgültige Unterzeichnung in London, imstande sein würde, seine Unterschrift im Namen Deutschlands auf die Verträge zu setzen. Trotzdem ließen diese Ereignisse Stresemann und seine Parteifreunde äußerst verstimmt über das Verhalten der DNVP, das nicht nur die DVP den Angriffen der Rechten ausgesetzt, sondern das gesamte Werk von Locarno gefährdet hatte. Infolge dieser Verstimmung über die Deutschnationalen herrschte daher besondere Eintracht im Zentralvorstand am 22. November.

Auf der Sitzung verfolgte Stresemann hauptsächlich zwei Ziele. Außenpolitisch wollte er offensichtlich eine Solidaritätskundgebung seiner Partei hervorrufen, um das Ausland von dem Abfall der großen Rechtspartei abzulenken. Sein Hauptziel ist aber wohl in innenpolitischen Motiven zu suchen. Er wollte nämlich die Empörung gegen die DNVP ausnutzen, um mit der politischen Linie, der die DVP seit fast zwei Jahren gefolgt war, zu brechen. Diese Linie hatte die Partei verpflichtet, sich für die Einbeziehung der DNVP in die Regierung einzusetzen. Nach dem feindseligen Verhalten der DNVP im Oktober betrachtete Stresemann diese Politik

als völlig bankrott. Er wollte sie außer Kraft setzen und die DVP auf eine bewegliche Linie der Koalitionsfähigkeit nach links und rechts zurückbringen, mit einer einzigen Voraussetzung für die Regierungsbeteiligung: Unterstützung des Werkes von Locarno durch alle teilnehmenden Parteien.

Die Sitzung brachte Stresemann einen vollen Erfolg. Seine Rede, mit der er die Zusammenkunft eröffnete, wurde warm begrüßt. Danach gab es keine neunenswerte Debatte. Die Fragen, die an Stresemann gerichtet wurden, zeigten eher Neugierde über die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen als Einwände gegen seine Politik. Am Ende der Sitzung wurden die außen- und innenpolitischen Empfehlungen des Vorsitzenden einstimmig angenommen⁸.

Stresemanns Äußerungen vom 22. November 1925 sind natürlich vor allem beachtenswert wegen seiner Auslegung der Ereignisse, die zu den Verträgen von Locarno geführt hatten, sowie wegen seiner Analyse der Verträge und ihrer Auswirkungen auf die internationale Lage. Ebenso aufschlußreich aber sind seine allgemeinen Stellungnahmen zur Frage der Beziehungen zwischen den Staaten. Besonders bemerkenswert in dieser Hinsicht sind seine Äußerungen über die Natur und Dauerhaftigkeit von Verträgen und über die Rolle des Krieges oder zumindest der Kriegsmöglichkeit in den internationalen Beziehungen. Zu diesen bedeutenden Themen hat Stresemann sonst selten Stellung genommen, und daher sind diese Äußerungen von besonderer Wichtigkeit. Seine Rede enthält außerdem interessante Überlegungen über die Probleme der diplomatischen Praxis, vor allem über den Wert der Verschwiegenheit und einer loyalen „nationalen“ Opposition, aber auch über das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik.

Im ganzen tritt Stresemann hier als selbstbewußter, erfahrener Außenminister mit souveräner Beherrschung seines Faches auf. Er zeigt sich als kalkulierender Realpolitiker, zäh, wenn auch nüchtern, in der Verfolgung revisionistischer Ziele. Daneben findet man jedoch unverkennbare Ansätze echter staatsmännischer Züge. Dies gilt besonders für seine Bemühung, den Gesichtspunkt des Gegners zu verstehen und zu berücksichtigen, sowie für seine Bereitschaft, den Konzessionen der anderen Seite seine Anerkennung zu zollen. Hier sieht man auch ganz deutlich die Wirkung, die sich auf Stresemanns Einstellung Frankreich gegenüber durch das sich anbahnende vertrauensvolle Verhältnis zu seinem großen französischen Gegenspieler, Aristide Briand, ergab.

Da es wegen der Länge unmöglich ist, alle erhalten gebliebenen Reden und Bemerkungen Stresemanns vor dem Zentralvorstand seiner Partei zu veröffentlichen, wurde dieses eine Dokument ausgewählt, weil darin Stresemann sich mit seinem wichtigsten diplomatischen Erfolg befaßt hat. Es wäre jedoch zu hoffen, daß auch seine Reden und Bemerkungen auf den anderen Sitzungen künftighin in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit seiner Außenpolitik Berücksichtigung finden.

Henry Ashby Turner jr.

⁸ Die Entschließungen sind abgedruckt in der Frankfurter Zeitung vom 23. 11. 1925, Nr. 372.

Dokument

DVP-Zentralvorstand, 22. November 1925

Stresemanns Rede

Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen heute einen Bericht über die politische Lage erstatte, so wird dieser Bericht sich fast ganz auf die Fragen der Außenpolitik erstrecken und speziell auf die Fragen der Verträge, vor deren Abschluß wir stehen. Das, was sich anknüpft an diese Außenpolitik auf dem Gebiet innerpolitischer Entwicklung ist, wenn Sie meinen Gedankengängen folgen werden, durch die eine Konsequenz gegeben: daß nämlich die künftige Politik im Reich und die Zusammensetzung der Reichsregierung nur gegeben sein kann durch Persönlichkeiten und Parteien, die auf dem Boden des Werkes von Locarno stehen. Diese Feststellung mache ich aus dem Grunde, weil für diejenigen, die den Dingen in Locarno selbst gefolgt sind, das eine vor Augen stehen muß: daß diese Verträge nicht Gegenwartswert haben, der irgendwie zum Ausdruck kommt in dem, was zurzeit bekannt ist, in den sogenannten Rückwirkungen für das besetzte Gebiet, sondern daß der Wert dieser Verträge in derjenigen Neuordnung der Dinge besteht, die sich ergeben sollen und ergeben müssen, wenn das Werk selbst zustandegekommen ist, was ja bis zur Stunde, was ja auch selbst am 1. Dezember noch nicht der Fall sein wird.

Lassen Sie mich auf die Hauptgesichtspunkte zurückkommen, die uns bei den Arbeiten für diese Außenpolitik bewegten. Vor wenigen Tagen las ich in einer Äußerung des „Petit Parisien“ in Paris: wenn die Herren deutschen Delegierten in Locarno nicht den Abmachungen zugestimmt hätten, so wäre Herr Briand trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, denn es bestand volle Übereinstimmung darüber, daß dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs dann auf andere Weise Rechnung getragen werden würde. Es ist mir das deshalb interessant gewesen, weil dieser Gedanke ja der Ausgangspunkt der Initiative des Auswärtigen Amtes in der Frage des Memorandums gewesen ist. Es ist in manchen Zeitungen, beispielsweise auch in der Kölnischen Zeitung, gesagt worden: ob tatsächlich im Januar oder Februar die Gefahr bestand, daß Frankreich und England sich zu einem einseitigen Sicherheitspakt gegen Deutschland zusammenschließen, ist nicht festzustellen. Gewiß ist das nicht festzustellen, denn Gott sei Dank besteht noch immer die Auffassung daß auswärtige Politik nicht mit dem Lautsprecher auf dem Potsdamer Platz oder irgendwie auf dem Grande Place in Paris oder sonstwo gemacht wird. (Sehr richtig!)

Aber vielleicht dürften wir doch auch in der deutschen Öffentlichkeit einmal zurückkehren zu der sehr nüchternen, aber doch auch vielleicht sehr zutreffenden Erwägung, daß, wenn überhaupt die Unterhaltung großer Ämter wie des Auswärtigen Amtes mit ihrem ganzen Personal und ihrem Dienst einen Sinn hat, doch schließlich die Männer dieses Amtes, die zu wachen haben über das, was in der Welt vorgeht, darüber, ob derartige Bestrebungen bestehen, vielleicht besser unterrichtet sein können als andere Leute, denen diese Verbindungen nicht zur Verfügung stehen. (Zustimmung.) Ebenso ist es klar, daß sie über das, was sie erfahren und von wem sie es erfahren, nicht der Öffentlichkeit Kenntnis geben können.

Zweierlei bestand in dieser Beziehung im allgemeinen und im speziellen. Im allgemeinen bestand zunächst der sowohl von der englischen Regierung wie von der englischen Opposition anerkannte moralische Rechtsanspruch Frankreichs auf eine zusätzliche Sicherheit zu dem Versailler Vertrag. Man kann darüber streiten, ob es den Franzosen ernst war mit ihrer tatsächlichen Bedrohung. Aber jedenfalls hatten sie 1919, als sie auf das linke Rheinufer verzichteten, nur unter der Bedingung darauf verzichtet, daß sie eine ausdrückliche neue Sicherheit durch ihre Alliierten gegenüber Deutschland bekämen. Das ist auch im Versailler Vertrag selbst zum Ausdruck ge-

kommen. In Artikel 31 ist gesagt, daß die Alliierten sich vorbehalten, an die Stelle der durch den Weltkrieg aufgehobenen Neutralität Belgiens andere Verträge zu setzen, und daß Deutschland sich verpflichtet, diese Verträge von vornherein anzuerkennen und damit gelten zu lassen. Wenn Sie jetzt die Präambel des Vertrages von Locarno lesen, so werden Sie darin die Sie vielleicht überraschende Formel finden von der nicht mehr bestehenden belgischen Neutralität, daß zwei Gründe für den Vertrag angeführt sind: das Nichtmehrbestehen dieser Neutralitätsabkommen und dann das allgemeine Bestreben, Frieden herzustellen in den Gebieten, die so oft der Schauplatz europäischer Kämpfe gewesen seien.

Daraus geht hervor, daß die Alliierten, wenn sie einen Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs geschlossen hätten, sich dabei auf diesen Artikel 31 gestützt hätten, ihn hingestellt hätten als die Ersetzung der früheren belgischen Neutralitätsverträge, und daß wir nach dem Versailler Vertrag gehalten waren, diese Dinge einfach und restlos als einen Teil des Versailler Diktats selbst anzuerkennen.

Wenn nun zu uns Mitteilungen kamen, daß im Anfang der Regierung von Chamberlain in den Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain – und vorher schon zwischen Herriot und Chamberlain – der Gedanke des jetzigen Abschlusses eines Sicherheitspaktes zwischen England und Frankreich mit der alleinigen Spitze gegen Deutschland beabsichtigt war, und wenn dann das Auswärtige Amt gegenüber diesen Tendenzen die Initiative ergriff und versuchte, Deutschland in diese Dinge einzuschalten und aus diesem gegen Deutschland gerichteten Offensivpakt einen Sicherheitspakt zu machen, an dem Deutschland beteiligt war und in dem auch seine Grenze gesichert wurde durch Bundesgenossenschaft anderer, dann sage ich, daß man kein Recht hat, dem Auswärtigen Amt oder dem Außenminister aus dieser Initiative irgend einen Vorwurf zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß die ganzen Verhältnisse bei uns unschön, widerwärtig sind, daß wir Ketten tragen müssen, darüber zu klagen, das ist furchtbar leicht. Es handelt sich darum, die Schwere dieser Ketten zu mildern und zu versuchen, wie wir allmählich aus dieser Fesselung in eine leichtere Fesselung kommen. Mehr Ihnen irgendwie zu versprechen, kann niemand, der die Machtverhältnisse richtig einschätzt. Und darum handelt es sich bei dieser Initiative. Nicht darum, den Versailler Vertrag aufzuheben. Ich wäre so dankbar, wenn die, die das in Resolutionen fordern, auch die nötigen Mittel dazu angeben würden. Es handelt sich darum, einen neuen Zusatz zum Versailler Vertrag, der nun die Entente verewigen sollte, abzubiegen und möglichst daraus einen Gegenseitigkeitsvertrag zu machen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das übersehe, was in Locarno geschaffen ist, so darf ich das eine sagen: das ist jedenfalls gelungen. Ich möchte, um nicht oft Gesagtes in alter Form zu wiederholen, hier, wo wir ja vertraulich verhandeln und auch nicht beabsichtigt ist, über die Verhandlungen einen Bericht herauszugeben, was mich sonst zwingen würde, lediglich eine akademische Ministerrede zu halten – zur Kennzeichnung der Situation einmal sagen, was der französische Außenminister in einer Besprechung uns entgegenhielt, als wir ihn drängten, mit diesen Rückwirkungen weiter zu gehen, als er es in dem Augenblick wollte. Er sagte mir damals – und das ist das Kennzeichnende für die Auffassung, die man in Frankreich über die deutschen Verhältnisse hat, und die sehr witzig und geistreich wiedergegeben wurde –: Sie beziehen sich immer auf Ihre öffentliche Meinung in Deutschland. Ich kenne die Schwierigkeiten, denen Sie begegnen. Sie haben eine große Mehrheit im deutschen Volk, die aufrichtig den Frieden will. Sie haben eben aber auch starke Kreise, die nicht etwa den Krieg wollen – sie würden sich entschieden und mit Recht dagegen verwahren, das zu wollen – aber Sie haben so etwas seltsam Mystisches in Ihrer Politik und in der Auffassung Ihrer Politik; Sie haben den Glauben daran, daß eines Tages von irgend woher mit irgendwelchen Mitteln, über die niemand eine Auskunft geben

kann, irgendetwas geschehen wird, wodurch die ganze Situation in der Welt so grundlegend geändert wird, daß Deutschland keine Veranlassung hat gegenwärtig irgendwelche Konzessionen zu machen, sondern ruhig die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen, bis dies Wunderbare eintritt. — Und daran knüpfte er an und sagte: Sie müssen aber nicht glauben, daß Sie ein Monopol auf solche Phantasten haben. Es gibt Leute dieser Art in allen Ländern, und ich habe solche Leute bei mir ebenfalls. Gewiß, bei denen ist der Blick nicht in die Zukunft gerichtet wie bei Ihnen, um das Vergangene wiederherzustellen, aber bei diesen Leuten ist der Blick dahin gerichtet, daß ihnen das nicht genügt, was heute gegenwärtig ist, daß sie der Meinung sind, daß wir einen weltgeschichtlich großen Moment versäumt hätten, um eine Politik früherer Jahrhunderte durchzuführen. Er sagte: wenn ich nach Paris komme mit diesem Ergebnis, kann ich mir die Rede denken, die Herr Poincaré im Senat halten wird. Er wird im Senat sagen: was habt ihr eigentlich aus Locarno nach Hause gebracht? Unter meiner Herrschaft in Frankreich, da standen wir im Ruhrgebiet und hatten die deutsche Wirtschaft als einfaches, spezielles französisches Pfand für die französischen Reparationen. Statt dessen seid ihr heute Mitglieder einer G.m.b.H., der Deutschland Pfänder gegeben hat, und man hört von Zeit zu Zeit immer deutlicher aus deutschem Munde, daß man sich darüber unterhält, wann man erklären wird, daß man nicht mehr zahlt. Zu meiner Zeit hattet ihr den Rhein fest in der Hand. Ich habe euch die These gegeben: die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen. Herr Herriot, der vollkommene Linksmann, hat diese These seinerseits anerkannt gegenüber Herrn Poincaré.

Er sagte weiter: wir hatten die kolossale Bewaffnung gegenüber einem entwaffneten Deutschland, dazu hatten wir die Zusatzgarantie Englands, uns mit seiner ganzen Macht zur Seite zu stehen, falls Deutschland jemals wieder das Haupt erhöhe. So waren wir in der Lage, die Politik des linken Rheinufers auf die Dauer zu treiben unter dem Schutze Englands. Und was bringst du, Briand, zurück? Du bringst einen Gegenseitigkeitsvertrag zurück, der uns hindert an Invasionen, an Sanktionen, der in dem Augenblick, wo wir den Krieg, den unprovokierten, gegen Deutschland beginnen, unsere bisherigen Bundesgenossen zwingt, an der Seite Deutschlands gegen Frankreich zu kämpfen, und der dem waffenlosen Deutschland wieder starke Bundesgenossen gegeben hat.

Und Briand fügte hinzu: glauben Sie nicht, daß meine Situation im Senat so einfach ist, wenn ich gegenüber diesen Argumenten zu kämpfen habe, wenn ich auch meine eigenen Argumente kenne, die ich dagegen anzubringen habe.

Ich möchte das vorausschicken, um einmal ein Bild zu geben von dem, was tatsächlich in den Dingen vor sich gegangen ist und was viel wichtiger ist als die Frage der Rückwirkungen an sich. Denn die Rückwirkungen sind etwas Temporäres. Diese neu geschaffenen Verhältnisse sind aber etwas Dauerndes, und ich sehe darin gewiß den Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion gegenüber Frankreich in jeder Beziehung — gar kein Zweifel! —, aber ich weiß auch nicht, ob es irgendeinen vernünftigen Menschen gibt, der glaubt, daß wir heute durch das Mittel des Krieges gegenüber Frankreich irgendetwas anderes erreichen könnten als die völlige Zertrümmerung Deutschlands in jeder Beziehung. (Zustimmung)

Wir haben verzichtet auf das, was wir nicht besitzen, nämlich auf eine Macht, die Krieg führen kann. Das ist der ausgesprochene Verzicht, und die anderen, die die ganz große Macht uns gegenüber haben und die es jetzt in der Hand hatten, mit mehr oder minder Gewaltpolitik die Politik Ludwigs XIV. durchzuführen und sich dauernd an den Rhein zu setzen, sind durch diesen Vertrag gezwungen, auf diese Rheinpolitik zu verzichten. Deshalb bekommt die ganze Erörterung ein ganz falsches Vorzeichen. Wir sprechen immer bei dem Verzicht von Elsaß-Lothringen, wir sprechen nicht von der Sicherung des deutschen Rheinlandes, und schließlich, wenn wir das

nicht tun aus außenpolitischen Gründen – vor uns selber müssen wir doch sagen: der ganze Sinn der Verträge ist doch der gewesen, dieses deutsche Land, das wir heute nicht mehr schützen können gegen Gewalt, durch Verträge so zu sichern, daß wir seinerzeit sagen können: der Rhein ist deutsch und bleibt deutsch! (Lebhafte Beifall.) Das ist der Sinn dieser ganzen Politik gewesen.

Die Wege, die wir dabei gegangen sind, sind sehr schwierig gewesen. Ich habe einmal in München vor der Presse gesprochen, die ja doch noch mehr quellfrisch in ihrer Ahnungslosigkeit ist als in anderen Gegenden, und ich dachte, man muß da primitiv reden, denn es war ein Vertreter der Münchener Neuesten Nachrichten und ein Vertreter der München-Augsburger Abendzeitung dabei. Ich habe dort gesagt: stellen Sie sich einmal folgendes vor: Sie sagen mir, ich hätte den Franzosen den Verzicht auf Elsaß-Lothringen angeboten. Vier Monate haben die Leute sich überlegt, ehe sie auf dieses Memorandum antworteten. Wenn das das Angebot eines einseitigen Verzichts gewesen wäre, dann hätten die Leute sich doch sagen müssen: unterzeichnen wir das nur recht schnell, damit nicht inzwischen dieser Idiot gestürzt wird, der uns das hier angeboten hat, damit wir diese große Verzichtserklärung Deutschlands recht schnell in unsere Scheuern bringen. Statt dessen haben sie vier Monate vergehen lassen, ehe sie antworteten. Zweimal ist dasselbe Angebot abgelehnt worden von der Entente aus dem Gesichtspunkt Poincarés heraus: was nutzt mir der Verzicht Deutschlands auf Krieg, ich weiß ganz genau, daß die nicht Krieg führen können; aber ich denke nicht daran, auf Krieg gegen Deutschland zu verzichten. Es hat der ganzen Entwicklung in Frankreich und der ganzen großen weltwirtschaftlichen Umstellung bedurft, um überhaupt zu erreichen, daß auf diese deutsche These eingegangen wurde.

Und nun kam natürlich ein zweites Moment hinzu, das diese erste Frage des Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich und Belgien zu einer Frage der ganzen europäischen Politik machte. Ich habe einmal als Reichskanzler denselben Gedanken in einer Stuttgarter Rede zum Ausdruck gebracht, – übrigens ohne jeden Einspruch von deutschnationaler Seite. Denn wer im Jahre 1923 das erreicht hätte, den hätte man wahrscheinlich als außerordentlichen Wundertäter angestaunt. (Sehr richtig!) Da stand es noch so dreckig um uns, daß sich die Kritik nicht herauswagte, die jetzt so groß wird, weil es besser geworden ist in Deutschland, – aber nicht durch die Tätigkeit dieser Leute. Als ich damals in Stuttgart dasselbe zum Ausdruck brachte, aber unter Poincaré, da sagte mir der französische Botschafter: Sie werden nicht erwarten können, daß meine Regierung darauf eingeht, denn es liegt doch zu klar zutage, daß man auf den Gedanken kommen könnte, Deutschland wünscht Sicherheit im Westen, um freie Hand im Osten zu haben. Und es war klar, daß Frankreich in irgendeiner Weise versuchen würde, die Ostfragen in die Debatte zu werfen. Das ist auch pünktlich geschehen. Man hat erklärt: der Westpakt – den man in etwa akzeptierte – ist nur akzeptabel für uns, wenn gleichzeitig ein Ostpakt geschlossen wird, ein Ostpakt unter der Garantie Frankreichs, das seinerseits bestimmen sollte, wer der Angreifer wäre, um dem Angegriffenen Hilfe zu leisten, mit der tröstlichen Versicherung, daß diese Hilfe auch uns zuteil werden würde, wenn Polen nach Frankreichs Ansicht der Angreifer sein sollte.

Gleichzeitig wurde verlangt, daß die von uns mit dem Westen und dem Osten zu schließenden Schiedsverträge restlosen Charakter hätten, also auch die Grenzen umfaßten. Drittens wurde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt.

Das war die Briand-Note vom 16. Juni. Auf diese Note haben wir nach 4 Wochen geantwortet in der Note der deutschen Reichsregierung vom 20. Juli. Diese Note hat ein seltsames Schicksal gehabt, das Noten des Auswärtigen Amtes selten zuteil wird. Sie ist nämlich gelobt worden. Man hat sogar gesagt, sie sei ein Meisterwerk, und man ersähe aus diesem Meisterwerk, daß es nicht im Auswärtigen Amt gemacht worden sei. (Heiterkeit.) Denn inzwischen waren die Deutschnationalen in das Kabinett ein-

getreten, und damals am 20. Juli – und ich habe sie nie in der Freude gestört – waren sie der Meinung: jetzt hätte man es den anderen aber mal gesagt, und da sie es ihnen mitgesagt hatten, lobten sie die Sache und ließen durchblicken – vielleicht Herr v. Lindeiner, vielleicht ein anderer großer Jurist von ihrer Partei –: jetzt sähe die Sache nun mal anders aus, das wäre nun mal eine ganz andere Sache, das käme eben davon, daß jetzt die Deutschnationalen in der Regierung wären. Man sollte einmal die Stimmen aus der damaligen Zeit hervorholen, denn sie sind sehr interessant für die Gegenwart. Denn, meine Damen und Herren, die ganzen Verhandlungen in Locarno sind auf der Grundlage dieser Note geführt worden.

Und was war denn der Inhalt dieser Note? Das war allerdings die vollkommene Ablehnung der Briand-Note. Wenn Sie sich ein Bild machen wollen von den Verhandlungen in Locarno, dann nehmen Sie die Briand-Note links und die deutsche Note rechts, und dann nehmen Sie den Vertrag von Locarno in die Hand und fragen Sie sich, welche Grundsätze eigentlich durchgesetzt worden sind: die französischen oder die deutschen? Was waren denn die Hauptpunkte? Es waren drei Dinge. Wir haben erklärt: dieses restlose Schiedsvertrags-Obigatorium lehnen wir ab, wir machen keine Schiedsverträge, die eine Anerkennung der Grenzen in sich schließen, die eine Bindung enthalten. Briand erklärte: der deutsche Vorschlag genügt nicht, wir verlangen das restlose Schiedsverfahren. Die Entscheidung ist gefallen nach der deutschen Seite. Sie ist schon vor Locarno in London gefallen auf Grund der Darlegungen des Herrn Ministerialdirektors Gaus, der erklärt hat, daß Deutschland unter keinen Umständen dieses restlose Schiedsverfahren mitmachen würde. So war schon in dem Entwurf dieser eine Hauptpunkt Frankreichs aufgegeben.

Der zweite Teil der Note vom 20. Juli bestand darin, daß gesagt wurde: wir lehnen die französische Garantie für die Ostverträge ab. Die französische Garantie für die Ostverträge ist abgelehnt. Ich komme darauf noch.

Der dritte Hauptpunkt war der, daß wir bezüglich des Eintritts in den Völkerbund erklärten, daß wir die Bindungen, die nach unserer Auffassung aus dem Artikel 16 sich ergäben, nicht auf uns nehmen würden. In Locarno, und zwar in dem Protokoll über die Verhandlungen in Locarno ist Kenntnis davon genommen und niedergeschrieben worden, daß ich namens der deutschen Delegation erklärt habe, daß wir auf Grund der uns gegebenen Kollektivnote der Alliierten uns die Bestimmung darüber vorbehalten, ob wir in irgendeinem wie immer gearteten Fall irgendetwas für den Völkerbund täten und daß ich schon heute erklärte, daß wir im Falle des Konflikts zwischen Rußland und anderen europäischen Mächten uns weder beteiligen würden an einer militärischen Exekutive, noch den Durchmarsch gestatten würden, noch irgendwie an wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Rußland teilnehmen würden. Der belgische Delegierte hat zu Protokoll gegeben, daß er diese Erklärung der deutschen Delegation mit tiefem Bedauern entgegenahme, da sich daraus ergäbe, daß Deutschland das ihm zustehende Recht der Nichtbeteiligung in Anspruch nehmen würde. Niemand hat bei dieser Auffassung irgendeinen Zweifel gehabt. Damit ist auch in diesem entscheidenden Punkt, indem die anderen uns entgegenhielten: ihr wollt die Rechte als Großmacht und wollt nicht die Pflichten des Artikels 16, der deutsche Standpunkt durchgedrungen.

Wir hatten einen Satz in unserer Note – und ich gebe zu, daß der von deutsch-nationaler Seite hineingekommen ist – wonach eine friedliche Änderung der bestehenden Verträge nicht ausgeschlossen sein soll. Und so schön das klingt, so muß ich doch sagen, daß ich mich geschämt habe, einen solchen Satz in eine Note des Auswärtigen Amtes zu schreiben. Der Satz gehört in die Kinderfibel. Es ist selbstverständlich, daß eine friedliche Verständigung zwischen Grenznachbarn jederzeit möglich ist. Und es ist doch auch – seien wir doch offen – gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen nichts als dem Volk Sand in die Augen streuen, wenn man so tut, als ob wir auf friedlichem

Wege jemals Elsaß-Lothringen zurückbekommen könnten. Auf der einen Seite spricht man von den Franzosen in der Art, daß sie die stärkste aggressive Politik gegen uns treiben, auf der anderen Seite lullt man sich selbst mit einer derartigen Gesteung ein.

Sie hat eine andere Bedeutung für andere Dinge. Je weniger man in offiziellen deutschen Staatsnoten davon spricht, um so besser ist es für die tatsächliche Entwicklung. Und was ich am meisten in der Entwicklung, in der wir stehen, bedauere, ist das eine, daß man infolge der innerpolitischen Opposition viel weiter herausgehen muß mit dem, was man erstrebt, als für das Gesamtinteresse des Volkes im Vaterlande gut ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind in die Verteidigung gedrängt, an uns werden Fragen gestellt, auf die der englische Außenminister antworten würde: darauf antworte ich nicht, während wir die letzten Karten enthüllen sollen über das, was die nächsten Jahre an deutscher Außenpolitik bringen. Ich habe immer gefunden, daß die besten Dinge dadurch zum Scheitern kommen, daß man sie plakatiert, damit die ganze Öffentlichkeit sich darauf einrichten kann.

Ich sage, dieser Grundsatz in der Note hat seine große prinzipielle Bedeutung auf anderem Gebiet, und ich möchte gerade auch unsere ostpreußischen Freunde darum gebeten haben, diese Seite zu betonen, weil ich aus einem Telegramm der braven Masuren, die in Lyck getagt haben, ersehe, daß man dort festgestellt hat, daß jetzt der polnische Korridor durch den Vertrag von Locarno festgelegt sei. Ich kann demgegenüber nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Aber ich möchte gerade deswegen auf diese drei Punkte, die ich eben erwähnte, im einzelnen näher eingehen.

Das eine ist der Punkt unserer Stellung zu Rußland. Da möchte ich zunächst auf eines hinweisen. Wir brauchen den Russen nicht zu sehr nachzulaufen. Selbst Herr Professor Otto Hoetzsch, der große Russophile, hat kürzlich in einem Interview gesagt: die hysterische Art Rußlands, fortwährend zu betonen, daß Deutschland auf Grund des Artikels 16 gegen Rußland vorgehen könne, müsse nun auch einmal ein Ende nehmen. Und wenn das Otto Hoetzsch sagt, der vollkommen ostorientiert ist und für Rußland schwärmt als ein neues starkes Preußen Friedrich Wilhelms I., so sollte man auch in Moskau sich das einmal vor Augen führen.

Ich verstehe aber vollkommen die große Unsicherheit in der deutschen Öffentlichkeit über diesen Artikel 16. Denn sie ist zum Teil von der Regierung mit veranlaßt. Nun müssen wir auf uns nehmen: unsere eigenen Anschauungen über den Artikel 16 haben sich geändert. Wir haben früher den Standpunkt vertreten, daß wir an sich nach dem Wortlaut des Artikels 16 verpflichtet wären, mitzumachen nach irgendeiner Seite, und wir haben darum gekämpft, von dieser Verpflichtung frei zu kommen. Durch die ganzen Erklärungen der Regierung und der Parteien ist und mußte der Eindruck entstehen, daß hier eine obligatorische Verpflichtung Deutschlands vorläge. Die Peripetie, die Umwandlung ist eigentlich schon seit einiger Zeit gekommen. Unsere Auffassung stützte sich auf das Gutachten unseres Völkerbundreferenten. Als Herr Geheimrat Gaus, der damals nicht in Berlin war, von seinem Urlaub zurückkam, erklärte er sofort: er schlosse sich diesem Votum nicht an, er sei als Leiter der Rechtsabteilung der Auffassung, daß ein Verzicht Deutschlands überhaupt nicht in Betracht käme, daß es sich nur um eine moralische, niemals um eine rechtliche Verpflichtung handele. Als in London die Juristenkonferenz tagte, ist der französische Rechtsberater Fromageot an Gaus herangetreten und hat ihm gesagt, er bäte um eine Erklärung, was eigentlich diese Politik Deutschlands wegen des Artikels 16 bedeute; er, Fromageot, müsse doch ihm, Gaus, sagen, daß er seine Stellung als anerkannter internationaler Völkerrechtsmann direkt aufs Spiel setze, wenn der Eindruck entstände, als wenn man in Deutschland ernstlich glaube, daß man auf Grund des Artikels 16 gezwungen sei, bei irgendeiner Aktion mitzumachen. Davon sei doch absolut

Vierteljahrshefte 7/4

keine Rede, und dieser fortgesetzte Protest Deutschlands werde als eine politische Finte angesehen, sich von der ganzen Sache zu drücken.

Wir sind in Locarno gewesen und haben dort die Erklärungen der anderen Delegierten entgegengenommen. Unsere Unkenntnis war ja begreiflich. Denn wir waren nicht Mitglied des Völkerbundes und kannten auch dessen Auslegungen nicht. Dort ist uns nun von allen Seiten erklärt worden unter Bezugnahme auf Beschlüsse der Völkerbundskommission, sogar unter Bezugnahme auf eine Erklärung im Völkerbundsplenium, daß es jedem Staat frei stände, wieweit er sich beteiligen wolle, und daß dieses „wie weit“ sich selbstverständlich auch auf die Zahl Null bezöge. Und es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß man dankbar sein würde, wenn überhaupt nur eine Minderheit der Staaten des Völkerbundes bei einer Völkerbundsexekutive sich beteiligen würde. Dies uns im Namen des Völkerbundes zu erklären, nähmen sie gar keinen Anstand. Deshalb ist der Kampf in Locarno gar nicht mehr geführt worden um die rechtliche Verpflichtung Deutschlands, irgendetwas zu tun, sondern der Kampf hatte nur noch den Charakter, daß wir den Leuten sagten: wir wollen nicht unter falschen Vorspiegelungen in den Völkerbund eintreten, wir können uns ja auf den Standpunkt stellen: nachdem wir wissen, daß wir nicht verpflichtet sind mitzumachen, kommen wir in den Völkerbund rein, und wenn es soweit ist, dann stimmen wir entweder das nieder – da ja ein Beschluß gegen eine andere Macht nur einstimmig gefaßt werden kann – oder aber wir beteiligen uns nicht. Dann würdet ihr uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir unter falschen Vorspiegelungen eingetreten seien. Deshalb wollen wir, ehe wir eintreten, euch erklären: auch wenn wir etwa in einem bestimmten Fall einen Staat als den Angreifer bezeichnen, werden wir uns vorbehalten, was wir tun und ob wir etwas tun, und für den Fall Rußland erklären wir euch von vornherein, daß wir nach keiner Richtung mitmachen, und zwar seid ihr selbst daran schuld, denn ihr habt uns nicht die Mittel gelassen, um unser Land verteidigen zu können gegen irgendeinen Angriff. Wenn ihr wolltet, daß wir mitkämpfen, gegen irgend ein anderes Land, müßtet ihr uns aufrüsten, nicht abrüsten. In der jetzigen Situation lehnen wir jede Beteiligung ab.

Darüber haben wir tagelang gekämpft. Es ist uns entgegengehalten worden, wir erstrebten eine gewollte Ungleichheit, wir wollten die Rechte als Großmacht im Völkerbundsrat auf ewige Zeit, wir wollten uns aber gleichzeitig drücken von Verpflichtungen, die kleinere Mächte übernehmen. Es hat zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung geführt über die ganze Frage der Abrüstung, über die ganze Frage des Versailler Vertrags. Wie Sie überhaupt sich nicht vorzustellen brauchen, daß die glückliche Sonne Locarnos hier nur Menschen beschienen hätte, die sich so gaben, wie es in den Berichten der Zeitungen zum Ausdruck kam. Da wir nämlich beschlossen hatten, Vertraulichkeit über unsere Verhandlungen zu bewahren, konnte man über die Verhandlungen nicht berichten. Da aber der Verlag und die Redaktion 1000 Zeilen verlangten, mußte man 1000 Zeilen über Äußerlichkeiten schreiben. Infolgedessen ist hier vielfach die Auffassung entstanden: das muß ein lustiger Jubel und Trubel da sein, das muß eine Art Flitterwochenzeit sein, die die Leute da erleben, obwohl sie tatsächlich noch nicht verheiratet sind, (große Heiterkeit) denn der Vertrag war ja noch nicht abgeschlossen. Alle diese Dinge haben sich ziemlich anders abgespielt. Die blonde Katze, die Herr Luther gestreichelt hat, hat bloß in der Phantasie existiert. Nur ein Satz hat mir bei dieser Erzählung gefallen: „es war der Franzose, der die Zeche bezahlte“. Das hat mir politisch gefallen, es war auch sonst richtig. Die geschilderte reizende Fahrt auf der „Orangenblüte“ in den Nachmittagsstunden auf dem Lago Maggiore war mit das Unangenehmste, was man sich denken kann; denn bei starker Hitze draußen in der Kajüte 4 ½ Stunden über Artikel 16 und Ostfragen diskutieren, ist nicht etwas, was man sich öfters wünscht.

Dort ist die Kollektivnote der Alliierten zustande gekommen. Wir haben sie ge-

nannt: papier du bateau. Dort ist auch der große Kampf ausgefochten worden, neben der allgemeinen Konferenz, über den Artikel 16, und ich fasse das Ergebnis dahin zusammen: daß der Artikel 16 für uns keine rechtliche Verpflichtung irgendwelcher Art bedeutet, weder zur Gestattung des Durchmarsches, noch zur militärischen Hilfe, noch zu wirtschaftlichen Maßnahmen, daß wir aber moralisch dadurch entlastet sind, daß wir vor Eintritt erklärt haben: wir werden im gegebenen Fall nichts von diesen Dingen tun. Das bezieht sich namentlich auf die russische Frage. Es kann Fälle geben, wo wir uns vorbehalten, ob wir mitmachen. Das will ich auch im einzelnen nicht sagen. Deshalb halte ich es für falsch, die ganze Frage allgemein negativ hinzustellen. Denn wir entwerten uns einmal selbst, indem wir uns als Volk ohnmächtig hinstellen. Man soll sich auch nicht Entwicklungsmöglichkeiten verbauen, die eine anders geartete Situation wünschenswert erscheinen lassen können.

Deshalb sage ich zusammenfassend: wir haben uns das Bestimmungsrecht darüber selbst vorbehalten, ob und inwieweit wir im Falle des Artikels 16 etwas übernehmen werden. Das ist uns auch restlos zuerkannt worden.

Die Stellung Rußlands zu uns erregt in vielen Kreisen Bedenken, und da auch die innerpolitische Entwicklung dazu führt, als Mißerfolg hinzustellen, daß die Beziehungen zu Rußland sich verschlechtert hätten, hat es Rußland leicht, eine verärgerte Miene uns gegenüber aufzusetzen. Im übrigen habe ich die Überzeugung, daß Rußland einen großen Wert darauf legt, sich den anderen europäischen Mächten weiter zu nähern, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich will die Frage nicht vertiefen. Es geht das für mich aus einer Erklärung hervor, die Krassin abgegeben hat: wenn wir nicht Anschluß an den internationalen Kapitalmarkt finden, verzögert sich der Wiederaufbau Rußlands um 10 Jahre. Und er hat hinzugefügt: wir werden das eher tragen, als daß wir die Bedingungen der europäischen Großmagnaten annehmen. Das mußte man wohl hinzusetzen, wenn man mit dem deutschen Außenminister sprach.

Rußland kann ohne Anschluß an die kapitalstarken Mächte nicht existieren. Das sind Frankreich und England, das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Alle diese ganzen Dinge, die sich jetzt vollziehen, sehe ich nicht in einem Aufmarsch Rußlands gegen uns, sondern in einem Bündnis Rußlands mit Polen.

Ich komme aber dann zu den Ostfragen. Hier werden Sie verstehen, daß ich auch hier nur einige allgemeine Feststellungen machen kann. Es ist für die öffentliche Meinung ein etwas unglücklicher Satz hineingekommen in die beiden Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, und wer die Verhandlungen nicht miterlebt hat, kann bei diesem Satz vielleicht stutzen, denn er lautet, wenn ich ihn recht im Sinn habe: daß die Rechte eines der vertragschließenden Staaten nur mit seiner Zustimmung geändert werden können. Das hat man so aufgefaßt, als läge darin eine Anerkennung der Grenzen, als läge darin eine Aufhebung der Bestimmung des Artikels 19 der Völkerbundsatzung, die ja ausdrücklich eine Revision unhaltbarer Verträge, also auch der Grenzen, vorsieht.

Darf ich zunächst eingehen auf die Entwicklung der Verhandlungen mit diesen beiden Staaten. Herr Benesch hatte einen eigenen Entwurf mitgebracht, der enthielt ganz fröhlich einen Ostpakt und übernahm die Bestimmungen des Westpaktes als Präambel zu dem Ostpakt. Als ihm gesagt wurde, er habe sich wohl geirrt, er wisse doch, daß wir einen Ostpakt nicht schließen wollten, da erklärte er, er hätte ein falsches Exemplar aus der Tasche gezogen, und er holte ein anderes hervor, das etwas anders lautete, aber immer noch ein halber Ostpakt war. Darauf ist verhandelt worden, und selbst der so ruhige und kühle Ministerialdirektor Gaus ist bei diesen Verhandlungen in eine solche Opposition zu den Polen geraten, daß er zurückkam und sagte, er sei nicht mehr in der Lage, mit den polnischen Herren und dem Außenminister weiter zu verhandeln, und zwar weil er auf das fortgesetzte Drängen der Herren, sie müßten eine Garantie der Grenze haben und eine Erklärung darüber

haben, daß Deutschland niemals gegen Polen Krieg führen würde – was der Völkerbund nicht ausschließt, der Völkerbund schließt den Krieg zwischen zwei Nationen nicht aus, Artikel 15,7 – weil er schließlich erklärte: ich lehne namens der deutschen Delegation über diese beiden Fragen jede weitere Diskussion ab und werde nicht mehr antworten, wenn von diesen Fragen noch weiter die Rede ist. Das hat zu der ganz starken Spannung der letzten Tage geführt, das hat zu der Intervention der Alliierten geführt zugunsten dieser Auffassung, ob wir ihnen nicht irgendeine Konzession machen könnten. Und als wir diese Konzession abgelehnt haben und als darauf hin die Verträge so zustande gekommen sind, wie sie heute vorliegen, hat die polnische Delegation ihre Enttäuschung darüber bei der Paraphierung des Vertrags in einer gesellschaftlich sehr auffallenden Weise zum Ausdruck gebracht. Es ist uns fortgesetzt von den Herren gesagt worden: wir können so nach Warschau nicht zurück, es ist ganz ausgeschlossen, daß wir zurückkommen ohne das französische Bündnis und ohne Anerkennung der Grenzen und ohne irgendeine Anerkennung, daß ihr gegen uns nicht Krieg führen wollt.

Ich darf dafür aber auch anführen die Rede, die der belgische Außenminister Vandervelde vor einigen Tagen im belgischen Parlament gehalten hat. Herr Vandervelde hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß es infolge des Widerspruchs der Deutschen nicht dazu gekommen sei, auch eine Sicherheit der Verhältnisse im Osten zu schaffen, und er hat weiter gesagt: ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß der Westpakt etwas ganz anderes ist als die Schiedsverträge mit dem Osten, wenn ich es auch als übertrieben ansehen muß, daß man im polnischen Reichstag erklärt hat: die polnischen Grenzen seien seit Locarno Grenzen zweiter Klasse. Im polnischen Reichstag ist von zwei Parteigruppen der Antrag gestellt worden, Locarno nicht zu unterzeichnen, sondern in erneute Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung einzutreten, um die Anerkennung der polnischen Grenzen und die Anerkennung der Nichtkriegführung zu erreichen. Ich glaube, man kann daraus besser ersehen, was die Polen selbst in Locarno erlebt haben, als aus der Hilfsstellung, die ihnen jetzt von deutscher Seite gegeben wird, einer Hilfsstellung, die – nehmen Sie es mir nicht übel – doch etwas von Verrat an sich trägt, wenn hier plötzlich eine ganz allgemeine völkerrechtliche Formel von deutscher Seite so ausgelegt wird, als erkannten wir die polnische Grenze an. Das wird soweit gehen, daß demnächst Graf Skrzynski sagen wird: nachdem Graf Westarp erklärt hat, daß Deutschland die polnische Grenze anerkannt hat, nachdem die Herren in Lyck sagen, jetzt sei der polnische Korridor anerkannt, beziehen wir uns auf diese Stimmen und geben dem Vertrag eine andere Auslegung. Wenn man Zweifel hat, so mag man sie der Regierung gegenüber aussprechen, im Auswärtigen Ausschuß oder innerhalb der Parteifreunde. Aber dieses auf den Markt tragen, heißt doch die Regierung in einer Weise entwerten, daß man nicht weiß, wie die Dinge wieder gutgemacht werden sollen.

Nun zu der Bemerkung in der Präambel selbst, gegen die ich selbst Bedenken hatte, als Herr Gaus die Präambel verlas, vielleicht gerade deshalb, weil ich nicht Jurist bin und infolgedessen den Satz auch so auffaßte, wie er auf Nichtjuristen zuerst wirkt. Dieser Erklärung hat Herr Gaus die gewiß zutreffende Auslegung gegeben: der Satz sagt gar nichts, genau wie die ganze Präambel nichts sagt. Denn da wir die Anerkennung der Grenzen und die Nichtdurchführung abgelehnt hatten, blieb für die Präambel eigentlich nichts übrig, da aber jedes Ding eine Präambel haben muß, wie der deutsche Aufsatz eine Einleitung, einen Hauptteil und einen Schluß, so mußten in diese zu schaffende Präambel einige Sätze hineingesetzt werden, und so – ich weiß nicht, wie der zweite Satz lautet – haben wir festgestellt, daß die Rechte eines Staates nicht ohne seine Zustimmung geändert werden können, was hier bedeutet – wie ich hinzufüge –: wenn irgendeine Änderung der Grenze eines Staates oder seiner ganzen Befugnisse stattfindet, auch wenn sie ganz einschneidend ist, auch

wenn sie dem Staat nur aufgezwungen wird gegen den Willen seines ganzen Volkes, so ist das noch immer in der Weltgeschichte durch seine Zustimmung formell geschehen. Denn alle die auch durch Krieg geschaffenen neuen Rechte mußten stets völkerrechtlich von den Unterlegenen anerkannt werden. Es gibt Möglichkeiten friedlicher Änderungen, es gibt Möglichkeiten freiwilliger Zustimmung und es gibt Möglichkeiten kriegerischer Änderungen mit gezwungener Zustimmung, aber immer geschieht es mit Zustimmung. Das bedeutet dieser Satz.

Ich hätte trotzdem gewünscht, daß der Satz fortgefallen wäre. Er wird von keiner Seite völkerrechtlich so ausgelegt, wie unsere Freunde zur Rechten ihn auslegen. Aber nachdem die ganzen Dinge auf das innerpolitische Gleis gekommen sind, hat dieser Satz zu ganz unerfreulichen Auslegungen bei uns selbst geführt.

Ich komme noch zu zwei Fragen der Verträge. Das eine ist die Frage: verzichten wir auf deutsches Land und deutsches Volkstum. Hier hat man sich auch darauf bezogen, daß in einer Kundgebung des Foreign Office gesagt worden sei, der Vertrag von Locarno bedeute die Stabilisierung und Festlegung der Grenze im Westen. Man hat das angesehen als eine Auslegung, die also jede Änderung der Grenze ausschloß. Meine Damen und Herren, der Artikel 1, der immer angeführt wird, spricht von der Befestigung des territorialen status quo. Aber er sagt auch sofort: in der in den nachfolgenden Artikeln angegebenen Weise. Und in dem nachfolgenden Artikel ist gesagt, daß der status quo eben anerkannt wird durch Verzicht auf Krieg, Einfall oder Invasion, d. h. es ist der typische non-aggression-pact: ihr anerkennt die Grenze, indem ihr euch verpflichtet, sie nicht mit Gewalt zu überschreiten.

Die politische Bedeutung habe ich versucht darzulegen. Hier im vertraulichen Kreise kann ich sagen: die Resignation Frankreichs, diese Grenze nicht zu überschreiten, ist doch, wenigstens pro tempore eine etwas größere Leistung als unsere Resignation. Ich finde, wir bringen uns immer die Schmerzen selbst bei. Wenn wir angesichts dieser Situation, die ein Engländer so auffassen würde, daß er sagte: augenblicklich ist das für mich ganz nützlich, was im Laufe der Weltgeschichte daraus wird, werde ich abwarten und danach handeln – wenn wir es so auffassen und erklären, wir hätten jetzt auf ewige Zeit moralisch auf Elsaß-Lothringen verzichtet, was den Franzosen lieblich in den Ohren klingt – denn die hören diese deutschnationalen Reden sehr gern, weil sie damit selbst diesen moralischen Verzicht begründen können, den wir in Wirklichkeit dadurch gar nicht ausgesprochen haben. Schließlich steht jeder Vertrag unter der ungeschriebenen Klausel: rebus sic stantibus, wenigstens ist das stets der Sinn der Weltgeschichte gewesen.

Und zweitens, meine Damen und Herren, wird gesagt, im Artikel 6 hätten wir erneut den Versailler Vertrag anerkannt. Ja, wir sind noch mehr der Sünde bloß. Wir haben schon in der Note vom 20. Juli, die als deutschnationales Meisterwerk betrachtet wurde, gesagt, wir hätten nicht die Absicht, den Versailler Vertrag zu ändern.

Natürlich kommt es darauf an, den anderen nicht die Möglichkeit zu geben zu sagen: dem Gewaltakt von Versailles ist die freiwillige Anerkennung in Locarno gefolgt. Dem entgegenzuhalten gibt es Mittel und Wege, die sich finden werden beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wo die Frage akut wird, die sich finden werden in Erklärungen der deutschen Reichsregierung. Im übrigen darf ich sagen: bleiben wird immer der Ausdruck: Vertrag von Versailles. Wer irgendwie glaubt, auf diesem Gebiet etwas zu erreichen, indem er gegen den Vertrag als solchen anrennt, faßt das ganze Ziel falsch. Es wird darauf ankommen, den anderen weis zu machen, das dies und das mit dem Geist des Vertrages von Versailles durchaus vereinbar wäre, und so in Wirklichkeit diesen Geist ins Herz zu treffen und den ganzen Vertrag auszuhöheln. Nur so lassen sich außenpolitische Vorteile erzielen. (Zustimmung.)

So sehe ich in dem Vertragswerk selbst sehr große Vorteile für unsere Situation, sehe, da ich keinem Vertrag einen Ewigkeitswert beimesse, darin mindestens für ab-

sehbarer Zeit die Sicherung des Rheinlandes, das Ende der Entente, und das spreche ich nicht aus, sondern das haben die Herren dort ausgesprochen, als Herr Briand in Locarno sagte: das Wort Alliierte wird nach der Zeichnung des Vertrages nicht mehr ausgesprochen werden, es gibt keine Allianzen mehr, wir haben nur die Verständigung mit allen Ländern, Deutschland inbegriffen. Es ist ja ein kleines Zeichen der Courtoisie, daß in der letzten Note der früheren Alliierten dieser Name durch Auf-führung der einzelnen 5 Mächte geändert worden ist.

Es kommt darauf an, wie dieser Geist von Locarno sich auswirkt. Da gestatten Sie mir einmal, hier auch ein Wort zu sagen, von dem ich gern wünschte, daß es in der Öffentlichkeit mehr beachtet würde. Ich habe die Empfindung, daß wir Deutsche zu wenig oder kein Verständnis haben für das, was der Franzose die schöne Geste nennt. Das ist uns überhaupt nicht eigen, und das schadet uns außenpolitisch ganz ungemein. Wir können nicht höflich und liebenswürdig sein, ohne im eigenen Volk sofort angegrobt zu werden. Wir können nicht Weltpolitik treiben mit der Idee: es soll sich keiner mit den Kerlen irgendwie zusammensetzen. Das ist eine Unmöglichkeit, wenn man von den Kerlen gleichzeitig verlangt, daß sie ihr ganzes System ändern. Wenn aber die anderen eine Geste machen, soll man in Deutschland das auch anerkennen und nicht mit Schnoddrigkeit darüber witzeln und spötteln. Der Engländer, der mit einer ganz modernen Demokratie, die gleichzeitig wieder eine Aristokratie ist, die Pflege alter Tradition verbindet, was mir immer als Vorbild für ein Volk vorgekommen ist, pflegt gerade durch eine Geste mehr auszudrücken als durch 30 Noten. Sehen Sie einmal diesen erfreulichen Vorgang in der Guild Hall am Lord-Mayors-Tag, wo der deutsche Botschafter – nota bene: zum ersten Male seit dem Kriege – eingeladen wird, wo ihm der Sitz gegeben wird neben dem englischen Außenminister, und zwar bei einer Zeremonie, alt und würdig wie alles in England, – das ist ungefähr so, als wenn ich mit einem Corpsbruder oder Bundesbruder, mit dem ich lange in Feindschaft gewesen bin, zusammenkomme, um den Landesvater zu stechen. Das heißt, es ist ein ganz deutliches Zeichen an die anderen: wir wollen wieder Freunde sein. Und wenn sich nun dort der Außenminister dieses Weltreiches gegenüber dem deutschen Botschafter erhebt und die Zeremonie dieses gegenseitigen Zutrinkens kommt, und wenn er in seiner Rede sagt: ich danke Ihnen, Herr Lord-Mayor, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, hier zu bekunden, wie wir heute mit Deutschland stehen, so bitte ich einmal zu überlegen, wie eine solche Geste, eine solche Mitteilung in allen Ländern der Welt wirkt. Das wirkt viel mehr als die Paraphierung von Verträgen, weil man sich sagt: wir sehen, daß Deutschland muß wieder groß geworden sein, denn es steht derartig in der Achtung der Welt da. Fußstritte haben wir genug bekommen, als daß man Freundschaftsbeweise dieser Art mit Schnoddrigkeiten begegnet wie deutschnationale Blätter, die von dem Giftbecher sprechen, der dort gereicht worden sei. Wenn jetzt von allem, was für den 1. Dezember geplant war, nur die Feier in der Guild-Hall übrigbleibt, und wenn vorgesehen ist, daß nach dem Lord-Mayor, der das Hoch auf den König ausbringt, also eine ganz allgemeine Rede hält, als erster unter allen international Eingeladenen der deutsche Reichskanzler spricht, dann ist das wiederum ein zweiter Beweis, in welcher geradezu ostentativer Weise man die Wiedereinführung Deutschlands mindestens in seine große moralische Großmachtstellung zu dokumentieren wünscht.

Meine Damen und Herren, wie kann man sich eigentlich eine bessere moralische Rechtfertigung gegenüber der Kriegsschuldfrage denken als diese Art, wie man heute Deutschland in den Vordergrund stellt. Wenn die Leute noch an die Behauptung glaubten, könnten sie nicht Deutschland in der Guild-Hall als erstes Volk die internationale Friedensrede halten lassen. Dafür sollten wir auch Verständnis haben und nicht in der Weise sprechen, wie wir es hier erleben.

So sehe ich den Geist des Vertrages. Ich sehe ihn nicht in einem Ausfluß des Idealis-

mus, sondern in sehr stark praktischen Erwägungen. Da aber über Motive nicht abgestimmt wird, kommt es darauf an, was sich tatsächlich für Deutschland daraus ergibt, gleichgültig, was der andere sich dabei denkt. Deshalb steht für mich der Vertrag in erster Linie, die heutigen Rückwirkungen in zweiter Linie; nicht weil ich sie gering schätze. Wir sind ja hier auch in der unglücklichen Lage, ausbalancieren zu müssen zwischen außen- und innenpolitischen Rücksichten. Wenn die Deutschenationalen dringeblichen wären, wenn diese Esel erkannt hätten (stürmischer Beifall) daß es darauf ankommt, daß das ganze deutsche Volk dahinter steht, wenn sie uns die Möglichkeit gegeben hätten, bei jedem Schritt, den wir in der Welt taten, zu sagen: dahinter steht mit Ausnahme der Extremen das ganze deutsche Volk, dann hätte man zunächst ganz anders auftreten können, in London, Paris und Brüssel als jetzt mit gebrochener Front, in der wir nach diesen Austritt kämpfen mußten. Dann könnten wir nach außen auch ganz anders auftreten und sagen, was uns noch nicht gefiel, dann könnten wir rein aus außenpolitischen Gesichtspunkten Politik machen. Jetzt sind wir ja auch hier gezwungen, schließlich einmal zu sagen, daß das, was wir erreicht haben, ungefähr dem entspricht, was wir erwartet haben, weil wir als vernünftige Realpolitiker uns die Ziele nicht ins Utopische gesteckt hatten, weil ja das Wort Rückwirkungen ganz falsch ist, denn das sind ja Vorwirkungen, die eintreten, ehe überhaupt der Vertrag unterzeichnet ist. Rückwirkungen können doch erst eintreten, wenn der Vertrag Tatsache ist. Wenn überhaupt bei unserer Situation, bei dem, was Herr Briand uns freundlich entgegenhielt, daß er eigentlich der Gebende sei, wenn bei diesem Zustand in Deutschland uns von den Alliierten diese Rückwirkungen noch konzediert werden – nehmen Sie es mir nicht übel, es ist vielleicht etwas mehr, als die deutsche Regierung, wenn sie Sieger des Weltkrieges wäre, bei dieser Situation tun würde.

Es sind drei Gesichtspunkte, die wir in Locarno vorgebracht haben. Das war die Änderung des Delegierten-Systems, das war die Herabsetzung der Truppenzahl, das war die Aufhebung der Ordonnanzen. Sie kennen die Veröffentlichungen darüber. In bezug auf das Delegiertensystem ist die Abschaffung, und zwar per 1. Dezember zugesagt. Von unseren Freunden im Rheinland ist uns in der Fraktion gesagt worden, daß das von eminenter und ausschlaggebender Bedeutung für das besetzte Gebiet sei. (Sehr richtig!) Ich habe einmal in einem sächsischen Wahlkreise kandidiert und als ich da über Sozialpolitik sprach, habe ich die Art, wie die Sozialdemokraten alles verkleinert haben, was vom Reich kam, in Vergleich gesetzt mit der Situation, wo die Mutter ein Brot schneidet und der Junge sehr interessiert zusieht, wer das wohl kriegen soll und die Mutter fragt: Vor wen ist denn der Runken? – Das is for di. – Wat, dat Rünsgen? (Heiterkeit.) So kommt es mir auch hier vor. Zuerst, wenn man davon sprach, das ganze Delegiertensystem sollte aufgehoben werden, dann hieß es: das wird nicht gelingen. Jetzt, wo es da ist, da heißt es: wat, dat Rünsgen? Da bedeutet das gar nichts. Da sind es die Bettelpfennige der Rückwirkungen, wie sich der Lokal-Anzeiger ausdrückt.

Das zweite ist die Herabsetzung der Truppen. Die ist viel umkämpft, in verschiedenen Etappen. Erst langsam haben wir durchgesetzt, daß heute der Grundsatz anerkannt ist, wenn auch hier noch ohne Termin, die Truppenzahl annähernd auf die Friedensstärke zu bringen. heißt es bei den Franzosen. Aber man hat erklärt, man würde nicht dementieren, wenn wir das Wort mit „Friedensstärke“ übersetzen würden. Das bedeutet im Effekt ungefähr eine Verminderung der Zahl von 95 000, die heute in der zweiten Zone sind, auf 45 000. Ich kenne die Einzelheiten der Verhandlungen mit Briand. Wenn Sie glauben, daß der französische Generalstab mit großem Hurra auf den Außenminister diese Sache akzeptiert hat, dann irren Sie sich. Wenn ich jemals eine innere Genugtuung erlebt habe und gesehen habe, daß in allen Ländern die Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und Außenministe-

rium bestenfalls als korrekt bezeichnet werden können, dann habe ich das in diesen letzten Wochen in bezug auf die Verhandlungen in Paris gesehen. Man wollte erst 12 000 Mann zurückziehen, dann hieß es, sie gingen auf 72 000 herunter, dann hat Briand es durchgesetzt auf 60 000, dann ist von uns gebohrt worden, und dann sind sie zu dieser Ziffer gekommen.

Ob das nun viel oder wenig bedeutet, wenn es im Laufe der Zeit durchgeführt wird in bezug auf Wohnungsrückgabe, Schulen usw., will ich hier nicht erörtern, obwohl es doch von Bedeutung ist. Aber es bedeutet für mich ja viel mehr als für das Rheinland. Denn ich sehe doch den Endpunkt der Politik nicht in Erleichterungen für das Rheinland, sondern in der völligen Freiheit des Rheinlands. Ich sehe den Zielpunkt der Politik zunächst darin, zunächst diese Rheinpolitik bis ins Herz zu treffen. Und wenn am 20. Februar spätestens die nördliche Rheinlandzone geräumt wird, so ist das für mich nicht unter dem Gesichtspunkt, daß von den Leuten ein Druck genommen wird, sondern dann ist das Rheinproblem von Poincaré erledigt. Wenn diese Linie einmal durchbrochen ist und weitere Sanktionen und Invasionen nicht möglich sind, so bedeutet das, daß diese Politik ihren Stich bekommen hat. Und wenn gleichzeitig in der zweiten und dritten Zone die Besatzung vermindert wird, wo man früher durch Anlegung von Truppenübungsplätzen den Eindruck zu erwecken suchte: hier stehen wir, hier bleiben wir, bekehrt euch zu uns, der Deutsche hat nichts mehr zu sagen; wenn die Delegierten fluchtartig das Land verlassen müssen, wenn weiter abgebaut wird, dann hat doch die ganze deutsche Bevölkerung die Empfindung: es geht vorwärts mit Deutschland und rückwärts mit den anderen und wir können uns wieder frei zu Deutschland bekennen. Das ist das Ende des Separatismus. Das ist schließlich ein Erfolg, ein Erfolg des Haltens der Rheinlande am Reich. Nur Tore können das gering achten, denn es hat Zeiten genug gegeben, wo wir nicht wußten, ob die Rheinlande beim Reich bleiben würden. (Zustimmung.)

Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich diese Dinge. Gewiß bleibt viel übrig, was ungeheuerlich ist. Was weiter wird, wird nicht abhängen vom Wortlaut, sondern nur vom Geist. Man kann, wenn man guten Willens ist, mit scharfen Gesetzen sehr milde regieren und man kann, wenn man schlechten Willens ist, mit einem schwachen Gesetz sehr streng regieren, kann die Menschen schikanieren bis aufs äußerste. Wenn der eine Satz nur bliebe: es hat alles zu geschehen, was die Sicherheit der Truppe erfordert, dann kann damit ein Alba eine ganze Provinz drangsaliieren. Hier wird alles darauf ankommen, wie die Dinge tatsächlich weitergehen.

Nun komme ich auf den dritten Komplex der Fragen: Räumung der nördlichen Rheinlandzone. Sie hat sich lange hingezogen, und es ist da eine wunderbare Erscheinung aufgetreten, ein Kämpfen der Engländer für ihre Bequemlichkeit, als wenn das die heiligsten Güter der Welt wären, wie ich überhaupt denjenigen aus dem besetzten Gebiet, wo Engländer hinkommen, das eine sagen muß: sie werden sich um Politik wenig kümmern, aber viel mehr Wohnungen verlangen als die Franzosen. Das ist überall der Fall gewesen und damit muß man rechnen. Aber letzten Endes, die Räumung erfolgt. Auf die politische Bedeutung habe ich hingewiesen. Ich rufe ins Gedächtnis noch einmal zurück: nicht nur Poincaré, sondern auch Herriot hat noch, ich glaube, vor anderthalb Jahren, gesagt: die Fristen haben noch nicht zu laufen begonnen. Und jetzt ist die Räumung da, jetzt kommt die letzte entscheidende Frage der beschleunigten Räumung der zweiten und dritten Zone. Es ist für mich sehr schwer, hier über Einzelheiten zu sprechen aus dem Grunde, den ich Ihnen vorhin sagte: aufgezeigte Dinge verlieren ihre Wirkung und werden gefährdet. Ich kann Ihnen deshalb nur das eine sagen, daß ich die Empfindung habe, und zwar durch Telegramme aus London, Brüssel und Paris, daß diese Frage der Verkürzung diskussionsreif werden wird in absehbarer Zeit nach Inkrafttreten des Vertrages. Wie weit diese Diskussion gehen wird, was sie für ein Ergebnis haben wird, vermag ich

nicht zu sagen, das hängt von der allgemeinen politischen Wertung der Dinge ab. Ich habe nicht den Wunsch, daß irgendetwas davon in die Öffentlichkeit dringt, aber ich darf mich hier auch mal auseinandersetzen mit einem gerade mir oft gemachten Vorwurf, nämlich den des ewigen Optimisten. 1924, als London war, als wir aus London zurückkamen, haben ganz hervorragende Wirtschaftler, obwohl sie für den Dawesplan eintraten, gesagt, daß sie nie daran glaubten, daß die Franzosen die Regie-zehen uns wieder zurückgeben würden. Herr Vögler, hat damals im Reichstag gesagt: ich trete ja dafür ein, aber das machen sie nicht. Das zweite war, daß man gesagt hat: die gehen nicht aus dem Ruhrrevier heraus. Sie sind später herausgegangen, nicht zum Endtermin, aber sie sind herausgegangen. Der Reichskanzler kam einmal verzweifelt aus Düsseldorf zurück und sagte: jedermann fragt mich: wird geräumt oder nicht? Ich sagte: es ist ganz sicher, daß geräumt wird. Darauf der Kanzler mit einer Miene: na ja, das mußt du ja so sagen. Es hat niemand geglaubt. Es gibt erste, hervorragende Männer, die erklärt haben: da gehen die nie raus. Und als sie rausgehen, da wird gejammert, daß es sich um 5 Tage verzögert. Damals hatten wir nicht einen Vertrag, damals haben wir nur Abreden gehabt, die wir schriftlich bestätigt haben. Da konnte man sehr zweifeln, ob das juristisch nicht anfechtbar war.

Schließlich ist für mich das Entscheidende, daß der Geist, der zwischen den Völkern besteht, entscheidet, wie Verträge ausgelegt werden. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob der Bündnisvertrag Englands mit den Alliierten es im August 1914 gezwungen hätte, zu marschieren, und man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob Italien nicht gezwungen war, an unserer Seite die Waffen zu ergreifen. Entschieden ist das alles nicht nach dem Wortlaut der Verträge, sondern nach der politischen Konstellation, und wir müssen dafür sorgen, daß die politische Konstellation eine solche wird, daß sie uns ermöglicht, diese Dinge in liberalstem Geiste ausführen und durchführen zu lassen.

Dabei möchte ich über den Osten nur ein Wort sagen. Nachrichten, die wir aus dem Osten haben, zeigen uns, daß die Verhältnisse in Polen anfangen, für das Land sehr, sehr schwierig zu werden, und ob aus diesen materiellen Schwierigkeiten sich nicht politische Schwierigkeiten ergeben, lasse ich dahingestellt. Es liegt aber immerhin im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Wenn wir nun einmal die Frage der Wiedererlangung deutschen Landes im Osten prüfen, nicht an der Hand des Artikels 19 – ich bin nicht ein solcher Säugling der Politik, daß ich glaube, mit diesem Artikel etwas zu erreichen, das geht doch im Völkerbund nicht so vor sich, daß da abgestimmt wird, ob Polen den Korridor wieder zurückgeben soll, sondern es ist nur der Hebel, mit dem man ansetzen kann, und das andere ergibt sich aus der weltpolitischen Lage. Aber daß man den Hebel hat, um im gegebenen politischen Moment die Rückgabe des Korridors zu fordern, das ist das, worauf es ankommt. Wenn aber Polen in Schwierigkeit kommt: wie war denn damals die Lage des deutschen Ostens vor Locarno und nach Locarno? Wenn wir vor Locarno irgendwie versucht hätten, etwas gegen Polen zu tun, dann trat das französische Bündnis automatisch ein und der Franzose marschierte über den Rhein und damit war Deutschland zur Bewegungslosigkeit in dieser Sache verurteilt. Wenn heute sich eine Situation ergibt, in der Europa sich dafür interessiert, ob nicht Polen auf irgendeinem Wege geholfen werden müßte, und wenn auch die polnische Frage territorial erörtert wird, dann ist es für uns von entscheidender Bedeutung, daß in diesem Moment Deutschland in den besten und herzlichsten Beziehungen zu denjenigen Weltmächten steht, die darüber zu entscheiden haben.

Damit ist in Locarno der Anfang gemacht, und wenn Herr Chamberlain erneut von einer Revision des Paktes in seiner letzten Rede gesprochen hat, und wenn er in einer früheren Rede zwar negativ gesagt hat, er würde denjenigen für einen Tor halten, der heute schon von der Änderung der Grenzen spräche, und wenn Herr Vandervelde

sagt, es sei übertrieben, daß die polnischen Grenzen Grenzen zweiter Klasse geworden seien, dann sehen Sie, wenn Sie von all diesen Reden das Diplomatisch subtrahieren und das ansehen, was übrigbleibt, daß die Frage in der Diskussion der Welt steht, und daß es darauf ankommt, wenn diese Diskussion praktische Formen annimmt, in der Lage zu sein, mit anderen zusammen andere als Hilfskörper zu haben für eine Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und wenn in dieser Zeit der Westen saturiert ist durch die Sicherung der Grenze, dann hat er auch nicht mehr logisch die Berechtigung, sich gegen eine Entschädigung Deutschlands auf der anderen Seite zu wenden. Es gibt deshalb nichts demagogischeres als die Kundgebungen in Ostpreußen, in Lyck und anderwärts gegen die Politik von Locarno. Wenn irgendjemand mindestens Möglichkeiten und den Willen ihm zu helfen, daraus ersehen könnte, wäre es der preußische Osten, und ich möchte unsere Freunde im Osten bitten, dafür zu sorgen, daß gegenüber diesem Dunst, der da über diese Dinge gewoben wird, die Wahrheit ans Licht gezogen wird.

Ich habe gestern gehört, daß bei den Provinziallandtagswahlen in Oberschlesien, wo wir mit den Deutschnationalen zusammengehen, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Kleiner in einer Rede vor den Deutschnationalen erklärt hat: wer überhaupt den Weg nach Locarno mitmacht, ist kein Deutscher und kein Oberschlesier mehr. Ich muß hier direkt an den Vorsitzenden von Oberschlesien die Frage richten: was gedenken Sie gegen derartige Frechheiten zu tun? (Lebhafte Zustimmung.) Es geht nicht an, daß wir Bündnisse mit einer Partei eingehen, wenn sie uns das Deutschtum abspricht. (Lebhafter Beifall.) Wir verlieren an Selbstachtung und Selbstehre. Ich würde eine Partei nicht achten, die mit mir zusammengeht und sich derartig beschimpfen läßt, ohne daß diese Beschimpfung zurückgenommen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Denn damit erklärt die Oberschlesische Organisation daß sie selbst dieses Absprechen des Deutschtums ohne Widerspruch anerkennt. Das ist eine völlig unmögliche Situation. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit so gutem Gewissen vor das deutsche Volk treten können, daß wir wirklich nicht nötig haben, unsere Vaterlandsliebe von irgendjemand anzweifeln zu lassen.

Lassen Sie mich damit zum Schluß meiner Ausführung kommen. Diese Verhandlungen um Locarno haben, wie Sie wissen, zu einem Bruch der Reichskoalition geführt. Damit ist auch ein Werk vernichtet, an dem niemand mehr, und ich möchte sagen, bis zur Selbstentäußerung gearbeitet hat, als wir, die Deutsche Volkspartei. (Sehr richtig!) Wir haben unsere eigene starke Machtposition, beispielsweise in Preußen – und viele erkennen das erst heute, wo wir sie nicht mehr besitzen – aufgegeben, um des Zweckes willen, den Deutschnationalen den Eintritt in das Kabinett zu ermöglichen.

Mit dem Zusammenbruch der Koalition im Reich ist natürlich auch all das gewachsen, was an Linkskräften sich sonst regt. Ich möchte gern das Gesicht des Herrn Dr. Wirth photographiert haben, als er diese Mitteilung in den Vereinigten Staaten bekommen hat. Er brauchte gar nicht zum Parteitag zu fahren, er war ja Triumphator. Er war Triumphator geworden durch diejenigen, die ihm den Beweis für die These lieferten, die nicht richtig zu sein brauchte, man könne mit den Deutschnationalen nicht regieren. Und dazu geschah das ganze in einem Stadium der Dinge, bei dem der Gesamtatbestand nicht vorlag, bei dem andererseits die Grundlage schon längst bestand, so daß, wenn man grundsätzlicher Gegner war, man früher hätte ausscheiden müssen. (Zustimmung.) Wenn es sich aber handelte um die Prüfung der Ergebnisse, dann hätte man in dieser Situation nicht ausscheiden dürfen.

Ich darf Sie aber noch einmal darauf hinweisen, wie die Dinge nun auf uns gewirkt haben. Dem, was auf der Rechten geschah, folgte ja sofort ein ähnlicher Streich auf der Linken. Erst tritt die deutschnationale Partei aus, zwei Tage später erklärt die Sozialdemokratische Partei, daß sie in schärfster Opposition zum Kabinett Luther

stände. Gleichzeitig eröffnet die Germania eine Attacke gegen den Reichskanzler. Die demokratischen Parteien erklären, sie hätten mit dieser Regierung eigentlich nichts zu tun. Und nun haben Sie die Güte und führen als Außenminister Verhandlungen über Rheinlandbefreiung mit den Alliierten und antworten Sie den Botschaftern auf die Frage: wer steht eigentlich noch hinter Ihnen? Gerade in dem Moment, wo alles darauf ankommt, mit der moralischen Kraft des ganzen Volkes die Befreiung der Rheinlande durchzuführen, bekommen wir diesen Stoß, der doch die ganzen Dinge um 8 Tage stagnieren ließ, und wenn nicht allmählich die Situation sich wieder hergestellt hätte, wenn es nicht allmählich gelungen wäre, es dahin zu bringen, daß die Sozialdemokraten die Auflösung nicht wollten, daß sie eine jetzige Verhandlung über Neubildung der Regierung nicht wünschten, und letzten Endes, wie ich glaube, auch eine Änderung in der Person des Kanzlers nicht mehr erstreben, wenn das nicht alles zu einer einigermaßen ruhigeren Auffassung der Dinge geführt hätte, dann weiß ich überhaupt nicht, ob nicht das Ganze gefährdet worden wäre.

Die Verantwortung für das, was hier auf außen- und innenpolitischem Gebiet angerichtet worden ist, trägt die Deutschnationale Partei in vollem Umfang. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bedauere diese Entwicklung ganz außerordentlich. Ich mache hier gar kein Hehl daraus, an sich ließ sich mit einer großen bürgerlichen Mehrheit, die bis zur rechten Seite reicht, viel besser auswärtige Politik machen, als mit der Linken, und zwar aus dem Grunde, weil die Linke den Fehler hat, immer zu viel auf den Standpunkt der anderen Rücksicht zu nehmen, während ich hier als Außenminister stets damit operieren konnte, daß ich einen rebellierenden rechten Flügel zur Vernunft bringen mußte. Aber dieser rebellierende Flügel durfte dann nicht im entscheidenden Augenblick davongehen, sondern er mußte dabei bleiben.

Diese Situation ist natürlich jetzt vollkommen umgestoßen, und das Locarno-Brötchen, das wir den anderen anbieten können, ist für sie sehr viel weniger schmackhaft geworden. Lesen Sie heute die „Action Francaise“, die „Deutsche Zeitung“ in Paris, die ihrerseits die These vertritt: was nutzt uns denn der Locarno-Vertrag, wenn eine Partei, die beinahe ein Drittel der Mandate – wobei sie etwas übertreibt – innehat, die die ganzen rechtsstehenden Bürger und die heranwachsende Jugend um sich hat, bei dem Geist der Revanche bleibt? Wenn es richtig sein sollte, was die Zeitungen berichten, daß der deutschnationale Parteitag geendet hätte mit dem Gesang des Liedes: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“, so wäre das allerdings eine Unterstützung der Außenpolitik, die einen seltsamen Beigeschmack hat.

Wir müssen die Konsequenzen ziehen aus dem, was geschehen ist, und ich ziehe sie zunächst nach einer Richtung: ich möchte an Sie den Appell richten: vertreten Sie in stärkster Weise nach außen den selbständigen Charakter unserer Partei. (Stürmischer Beifall.) Ich verlange nicht die Anlehnung an irgendeine Seite. Ich verlange nur, daß wir uns aus einer Gemeinschaft organisatorischer Art lösen, die bisher nur der Todeskeim für uns und die Entwicklung für die anderen geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Darf ich Sie auf eines hinweisen. In der Annahme, daß wir die beiden Bruderparteien wären, haben wir mit den Mitteln unserer Industrie und Wirtschaft eine ganz gewaltige Herrschaft Männern in die Hand gelegt, die sich verpflichtet hatten, Zeitungen in Deutschland zu begründen, die gleichzeitig neutral der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen gegenüberstehen sollten. Was ist daraus geworden? 369 deutschnationale Zeitungen stehen 45 volksparteilichen Zeitungen in Deutschland gegenüber. Und wenn Sie heute diese Blätter des Herrn Hugenberg lesen, die von der Vera beeinflußt werden, so müssen Sie sagen: die Kreuzzeitung ist ein hochanständiges Blatt gegenüber dem Scherlschen Berliner Lokal-Anzeiger und dem Tag, gegenüber der Gehässigkeit, unter der Maske der Unparteilichkeit lediglich rechts-deutschnationale Politik zu treiben. So ist es uns überall in Deutschland ge-

gangen. Durch diesen Konzerneinfluß der Vera haben wir in Ostpreußen noch eine große, wenige kleine Zeitungen, in Pommern überhaupt kein Blatt mehr. Aber überall ist diese Presse, die sich den Teufel um die Deutsche Volkspartei kümmert, sondern nur um ihre eigenen parteiegoistischen Ziele. Und ich glaube, wenn irgendetwas uns schwächt, dann wäre es der Gedanke in der Öffentlichkeit, daß wir sozusagen die Corpsstudenten II. Klasse wären, die Leute, die *auch* national sind, daher nicht so national wie die anderen, die auch gesellschaftlich achtbare Leute unter sich haben, aber nicht so vornehm sind wie die anderen, die viel stärker wirtschaftlich sind, während die anderen den Idealismus gepachtet haben. Sehen Sie, das sind Dinge, die letzten Endes den Wähler dahin bringen, dann zu den 100%igen zu gehen und nicht zu den 75%igen. Wenn auch nicht alles auf die alten Begriffe konservativ und liberal zurückgeführt werden kann, so werden wir doch sehen, daß wir in großen, grundlegenden Fragen unsere eigene Anschauung im Kampfe gegen rechts werden durchzuführen haben. Genau so wie wir auf anderen Gebieten mit rechts zusammengehen, werden wir uns vorbehalten, auch mit links zusammenzugehen. Denn ich bin der Meinung, wir dürfen wie wir stehen und gehen, mit jedem vernünftigen Menschen zusammen gehen, der dieselbe Meinung hat, ob er rechts oder links steht. Im Kampfe um die Schulreform werden wir auf anderem Boden stehen, im Kampfe um die Außenpolitik stehen wir auf einem anderen Boden usw. Lassen Sie uns das Ergebnis unserer liberalen Tradition oder das Ergebnis unseres selbständigen Denkens in diesen Fragen des neuen Deutschland auch mit aller Entschiedenheit und Unabhängigkeit nach außen vertreten, immer in der Überzeugung, daß derjenige, der unbeirrt für seine Sache kämpft, weit mehr Leute hinter sich bringt als derjenige, der stets seine Weigerung zum Ausdruck bringt, mit einem anderen nicht zusammengehen zu können.

Was jetzt werden wird in Deutschland, läßt sich schwer übersehen. Es besteht keine große Lust bei den großen Parteien, in diesem Winter in das kommende Kabinett einzutreten. Und die Frage, die zur Entscheidung steht, ist jetzt beinahe die: soll man die anderen zwingen mitzumachen, oder soll man ihnen erlauben, in Opposition zu bleiben und das kleine Schiffelein eines Minderheitskabinetts auf die stürmende See hinauslassen. Wir werden uns – das glaube ich wohl als unsere allgemeine Übereinstimmung feststellen können – nur tragen lassen von unserem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staatsganzen. Auf die Dauer wird es sich doch durchsetzen beim deutschen Volk, zu unterscheiden zwischen denen, die sich wohl fühlen in leichter Kritik, und denen, die die schwere Verantwortung übernehmen. Zusammengesetzt sein kann das Kabinett, wie ich schon zu Anfang sagte, nur sein von Parteien, die zu dem Werk von Locarno stehen. Denn neben den Schwierigkeiten, die vor uns liegen auf wirtschaftlichem Gebiet, wird es die Hauptaufgabe der kommenden Zeit sein, dasjenige an Erleichterungen unserer Lage, an einer freiheitlichen Gestaltung der Dinge, vielleicht in internationalem Zusammenwirken auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet, sicherzustellen, was sich aus den in Locarno getroffenen Vereinbarungen ergibt. Es wird eine rein sachlich, kühle Arbeit sein, die uns diese schwere Zeit überwinden läßt. Ich bin überzeugt, daß man uns in Zukunft dafür danken wird, daß wir gerade in dieser Zeit, wo die Leidenschaften so hoch gepeitscht sind wie kaum je, uns nur haben leiten lassen von dem einen Gedanken: Staatswohl und nicht Parteiinteresse.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. – Die Mitglieder des Zentralvorstandes erheben sich von den Plätzen und bringen dem Parteivorsitzenden eine stürmische Ovation dar.)

Diskussion:

Dr. Stresemann: Es sind eine Reihe von Anfragen an mich gestellt, und ich möchte diese Anfragen gleich beantworten . . .

. . . Ich bin weiter gebeten worden, auf das zurückzukommen, was ich wohl übersehen hatte, nämlich noch einmal zu sprechen von den Motiven, die überhaupt für die ganze Änderung der Stellung uns gegenüber in Betracht kämen. Auch diese Ausführungen kann ich nur in gewissen großen Zügen machen. Ich möchte sie so darlegen: wir sind heute, wie Sie alle wissen, wirtschaftlich in bezug auf Kreditnot in einer Weise niedergebrochen, wie es kaum erträglich ist. Gleichzeitig ist Frankreich in bezug auf seine Staatsfinanzen ungefähr ebenso niedergebrochen. Das Halten der französischen Währung ist *das* französische Problem. Und da andere Völker nicht so leicht sich proletarisieren lassen wie das deutsche, würden, wenn in Frankreich eine Entwicklung einträte, die der Entwicklung, wie wir sie hinter uns haben, gliche, wahrscheinlich Umwälzungen möglich sein, deren Endergebnis gar nicht abzusehen ist. Die Leute kämpfen einen Verzweiflungskampf um die Haltung ihrer Währung. Sie sind wie wir angewiesen auf eine schonende Behandlung ihrer Staatsgläubiger, sei es England, sei es Amerika. Die Entsendung von Caillaux wegen der Zinszahlungen an die Vereinigten Staaten, die jetzt beginnen, legt davon Zeugnis ab.

Sie haben aber weiter die Empfindung, daß sie wirtschaftlich nicht wieder in die Höhe kommen, wenn in diesem, wie oft gesagt ist, balkaniserten Europa eine Zollpolitik sich lediglich auf den inneren Markt legt, alles sich gegeneinander abschließt und die kaufärmer gewordenen Völker die alleinige Basis der Wirtschaft sind. Ihnen schwebt eine weitgehende Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie vor. Das ist auf verschiedenen Gebieten durchgeführt. Das soll weiter durchgeführt werden, nach ihrer Ansicht in ganz großzügiger Weise. Sie haben nun die Empfindung, daß sowohl mit ihrem eigenen Kreditbedürfnis als mit diesem Wunsch nach einer Kooperation mit der deutschen Wirtschaft ein Kriegszustand mit Deutschland, wie er doch de facto noch bestand, nicht verträglich ist, daß sie den Frieden in Europa als Grundlage brauchen für ihr eigenes Kreditbedürfnis, daß sie aber auch eine Verständigung mit Deutschland brauchen für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung.

Aus dem Grunde werden Sie finden, daß mehr als in England augenblicklich die Stimmung in Frankreich in weitgehendem Maße für ein Zusammengehen mit Deutschland sich ausspricht, sogar mit einer gewissen Zielsetzung gegen England und für Deutschland, weil ja Verbündete vielfach eher auseinander geraten als Gegner, wenn sie sich aus irgendwelchen Interessen wieder zusammenfinden. Gleichzeitig geht ein Bestreben Englands, mit uns wirtschaftlich anzuknüpfen, aus der Angst, daß wir mit Frankreich allein irgendeinen gegen England gerichteten Trust bilden könnten. Aus dieser Situation ergibt sich ein gewisses Umwerben Deutschlands, und im Hintergrund steht die große Macht der Vereinigten Staaten, die ihrer ganzen Ideologie nach pazifistisch eingestellt ist, und bei der das Wunderbare sich immer begibt, daß ihr Idealismus mit den materiellen Interessen des Landes sich vereinigt, sodaß sich daraus eine wunderbare Staatsreligion formen läßt.

So kommen diese Faktoren zusammen. Und sehen Sie, daß wir in dieser Situation nicht den europäischen Frieden schlossen, gezwungen, mürrisch, unter den schwersten Bedingungen, sondern daß die Initiative bei uns lag, ist für die psychologische Haltung der Masse in den Vereinigten Staaten die beste Propaganda, die wir gegen die Kriegsschuldfrage machen können, besser als alle Broschüren, die wir versenden.

Das sind die Zusammenhänge, die heute bestehen, und nichts finde ich törichter, als wenn davon gesprochen wird, wie ich in der Bergwerkszeitung gelesen habe: man wolle sich national geben, aber das Unglück sei, daß man so scheußlich materiell und wirtschaftlich eingestellt sei.(?)

Der beste nationale Idealismus nutzt uns zur Befreiung unseres Volkes gar nichts, wenn das Volk nichts zu essen hat und verhungert. Diese beiden Dinge müssen zusammengehen. Erst eine gesunde Politik der Lebensmöglichkeiten, um sich und die Nachkommenschaft weiter zu bringen, und dann auch erfüllt sein von dem Lebenswillen, sich politisch wieder durchzusetzen. Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem Einzigem, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte.

...

Dr. Stresemann: Ich will kein Schlußwort sprechen. Es ist ja bei der zutage getretenen großen Einmütigkeit gar nicht notwendig. Ich will nur auf einige Fragen antworten, die im Laufe der Debatte angeregt sind.

Die erste Frage ist die: wie steht es mit der Grenze im Norden? Damit ist wohl die dänische Grenze gemeint. Über die ist in Locarno nicht gesprochen worden. Dänemark hat uns angeboten, einen Schiedsvertrag mit uns zu schließen. Der dänische Außenminister Graf Moltke hat das im dortigen Parlament mitgeteilt. Wir würden bezüglich des Schiedsvertrags mit Dänemark von denselben Gesichtspunkten ausgehen wie bei den Schiedsverträgen mit dem Osten und Südosten, nämlich daß wir einen Schiedsvertrag selbstverständlich schließen, daß aber dieser Schiedsvertrag irgendeine Anerkennung der Grenze oder Ausschließung der Kriegsmöglichkeit nicht in sich begreift.

Es ist weiter gefragt, wie es mit den Kolonien stände. Bei den Beratungen in Locarno habe ich im Sinne des Memorandums der deutschen Reichsregierung vom September vorigen Jahres erklärt, von welchen Gesichtspunkten wir ausgingen, wenn wir in den Völkerbund eintreten würden, und dabei insbesondere auch betont, daß wir für uns das Recht in Anspruch nehmen, Kolonialmandate zu erhalten. Auf diese Rede ist Herr Briand eingegangen und hat in bezug auf die Kolonialfrage erklärt: kein Mensch in der Welt kann Ihnen das Recht bestreiten, das Sie in Ihren Ausführungen für Deutschland in Anspruch nehmen. Es ist eine weitere Äußerung nicht erfolgt. Wir haben die Äußerung des Herrn Briand protokolliert.

Wir standen vor der Frage, ob wir in Locarno selbst die Frage der Kolonien weiterreiben sollten. Ich habe das mit vollem Bewußtsein nicht getan, weil ich der Überzeugung bin, daß heute die Dinge so liegen, daß dieser Anspruch Deutschlands gar nicht mehr bestritten wird, daß wir vielleicht sogar vor der Situation stehen, daß die anderen, was aus dieser emphatischen Betonung hervorging, ganz gern gesehen hätten, uns auf die Kolonialfrage mehr zu drängen und die Rheinlandfrage demgegenüber zurücktreten zu lassen. Zudem hätten sie uns nichts weiter als eine Bestätigung geben können, da die Entscheidung darüber dem Völkerbund obliegt.

Wir sind seitens des Auswärtigen Amtes vor längerer Zeit schon mit maßgebenden Kolonialfreunden in Verbindung getreten und haben ihnen gesagt, daß es nicht darauf ankommt, Resolutionen zu fassen für den Erwerb von Kolonien, sondern sich zu überlegen, welche Kolonialgebiete für uns in erster Linie in Frage kommen. Ich möchte darüber, über die Antworten, die uns gegeben sind, mich im einzelnen nicht aussprechen.

Sie können die Änderungen in der Auffassung über die Kolonien daraus ersehen, daß uns in Kamerun bei einer Auktion in London der wesentlichste Teil der früher in deutschen Besitz befindlichen Plantagen wieder zugesprochen worden ist und daß wir dort wohl ein Jahr deutscher Pflanzearbeit hinter uns haben. Es werden demnächst neue Auktionen in einer anderen Kolonie bevorstehen. Es haben sich Käufer überhaupt nicht gefunden. Man wird sehr dankbar sein, wenn deutsche Käufer sich melden. Es besteht auch bei den Staaten, die heute Mandatare sind, die Absicht, das Mandat an den Völkerbund zurückzugeben, weil man eingesehen hat, daß zur Führung von

Kolonien Erfahrungen gehören, daß sie sonst sehr unangenehme Anhängsel sein können.

Ich würde deshalb der Meinung sein, daß man wohl von dem Anspruch Deutschlands sprechen sollte, aber jetzt nicht mehr in der Form einer Bitte, eines Desideriums, sondern in der Form der Selbstverständlichkeit, die sich ergäbe aus der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund, wobei ich bemerken möchte: die Frage des Völkerbundes – man kann ja nicht auf alle Gesichtspunkte eingehen – steht für mich einfach so: wo können wir mehr erreichen, drinnen oder draußen? und nicht so: sind mir die Leute sympathisch mit denen ich dort zusammenarbeite? Das ist die falsche Einstellung, die auch hier wieder auf deutschnationaler Seite besteht.

Was die Minderheitenfrage betrifft, so haben die Herren sich den Spaß erlaubt, noch kurz vor unserem Eintritt in den Völkerbund eine Bestimmung zu treffen, wonach in dem Dreierausschuß, der zuerst entscheidet über die Ansprüche von Minderheiten, die rassenverwandten Mächte nicht vertreten sein sollen. Aber jede Entscheidung dieses Dreier-Ausschusses kann angefochten werden von jedem Mitglied des Völkerbundsrates. Ebenso kann jede im Völkerbundsrat vertretene Macht verlangen, daß eine Frage überhaupt nicht vor den Dreier-Ausschuß kommt, sondern sofort im Völkerbundsrat verhandelt wird. Wir haben also die Möglichkeit, jede Frage, die von Bedeutung erscheint, dem Dreier-Ausschuß zu entziehen und sie sofort vor den Völkerbundsrat zu bringen. Außerdem steht der Dreier-Ausschuß dauernd unter der Gefahr, daß, wenn seine Entscheidungen nicht objektiv sind, Deutschland sie anfechtet und dem Völkerbundsrat übertragen läßt.

Wenn ich daran denke, daß die ganzen Fragen der Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien, in Italien, auch jetzt unter einer Nachprüfung Deutschlands stehen, daß es in der Lage ist, im Völkerbundsrat die Leute zur Verantwortung zu ziehen, ihnen zu sagen: ihr habt eure internationalen Verträge nicht gehalten, dann glaube ich, daß die deutschen Minderheiten in erster Linie aus realpolitischen Rücksichten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintreten sollten.

Nun sagt die Linke: das haben wir schon immer gesagt. Mir haben auch manchmal in der Partei einzelne Persönlichkeiten bei irgendeiner Entwicklung gesagt, sie hätten das schon vor drei Jahren gesagt. Ich habe gesagt: damals war es aber falsch. Es ist nämlich gar nicht richtig, daß etwas richtig gewesen wäre im Jahre 1922, was im Jahre 1925 richtig ist. Wir mußten aufgefordert werden, in den Völkerbund einzutreten, nachdem man uns zunächst 1919 zurückgewiesen hatte. Wir konnten nicht als Bittsteller kommen und sagen: bitte, nehmen Sie uns auf, sondern wir mußten erst in eine Situation als Großmacht gekommen sein, die uns in die Lage versetzte, Bedingungen zu stellen. Und daß, ehe wir ein Eintrittsgesuch stellten, 10 Großmächte sich schriftlich verpflichtet haben, Deutschland den permanenten Sitz im Völkerbundsrat zu geben, zeigt doch auch schon den Wiedereintritt Deutschlands in die Weltgeltung. Heute treten wir durch das Haupttor ein, und früher hätten wir bittend an der Nebentür gestanden. Das ist der Unterschied, warum es heute richtig ist und damals nicht richtig war.

Und wenn wir durch die Entwicklung der Verhältnisse in der Lage sind, auf die Mitwirkung anderer Mächte zu rechnen, wird auch diese Tätigkeit eine ersprießliche sein können. Nun kommen da allerhand Einwendungen: Ungarn hätte auch nichts erreicht. Etwas mehr Bedeutung als Ungarn hat das Deutsche Reich denn doch noch, und es ist etwas ganz anderes, ob in dem Gremium, wo die Entscheidungen fallen, im Völkerbundsrat, eine Macht vertreten ist mit dem, was sie noch an wirtschaftlicher Großmachtstellung hat, oder ob das klein gewordene Ungarn dort für sein Recht kämpft.

Die Wahl der Persönlichkeiten, die Deutschland im Völkerbund zu vertreten haben,

ist eine sehr wichtige Frage für die nächste Zeit, und ich würde es sehr begrüßen, wenn die Partei und die Fraktion ihren Einfluß dafür einsetzte, diese Frage aus der Parteipolitik auszuschneiden, denn es kommen schon wieder Leute, die am liebsten diese Sitze nach der Fraktionsstärke verteilen möchten.

Jedenfalls bietet der Völkerbund bei alledem, was sich da an Schwierigkeiten uns entgegengestellt hat, ungeahnte Möglichkeiten. Das wird Jahre dauern, das wird alles etappenweise vor sich gehen. Aber ich muß heute sagen, es wäre vollkommen verfehlt, draußen zu bleiben, wenn man drinnen wirken kann.

Es ist eine weitere Frage an mich gestellt, eine Frage heikler persönlicher Art. Es ist die Frage, wie der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der Reichspräsident, sich zu diesen Dingen stellt. Diese Frage ist, glaube ich, beantwortet durch die Entscheidungen des Reichskabinetts, die unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten, also mit seiner Zustimmung gefallen sind. Daß der Reichspräsident unter der Entwicklung persönlich außerordentlich leidet, werden Sie verstehen. Denn schließlich ist er ja gerade von denen berufen worden, die ihn heute im Stich lassen. Daß der Reichspräsident schwere Bedenken zu überwinden gehabt hat, um den Dingen zuzustimmen, ich glaube, das ist kein Geheimnis, das teilt er mit vielen, auch mit vielen von uns. Denn schließlich liegen die Dinge nicht so klar und so risikolos und schließlich gibt es bei einem solchen entscheidungsvollen Schritt verschiedene Möglichkeiten, die der einzelne sich erwägt, und jeder wird vor seiner Urteilsfällung sich das Für und Wider reiflich erwogen haben. Der Reichspräsident hat sich jede Stellungnahme vorbehalten bis zum Schluß, und er ist dann am Schluß seinem Kabinett beigetreten und hat die Erklärung abgegeben, daß wir von seiner Zustimmung öffentlich Gebrauch machen können. (Bravo!) So steht er mit hinter der Politik, und ich muß nur wieder sagen: wenn ich mir vorstelle, daß wir in der früheren geschlossenen Front mit dem Mann aus der alten großen Zeit jetzt eintreten könnten in diese neue Ära, dann wäre damit eine moralische Stellung Deutschlands gegeben gewesen, die uns ganz andere Zukunftsmöglichkeiten gegeben hätte als bei dem heutigen traurigen Zustand der Dinge. (Beifall.)

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Horst Gies, Oberursel/Taunus, Philipp-Reis-Str. 6.

Dr. Friedrich-Karl von Plehwe, Vortragender Legationsrat I. Klasse, Bad Godesberg, Kolumbusring 1.

Dietmar Rothermund M. A., Ph. D., Privatdozent für neuere Geschichte, Komm. Leiter der Historischen Abteilung des Südasiens-Instituts des Universität Heidelberg, Heidelberg, Rohrbacher Str. 12/II.

Dale Cairns Thomson, B. A., Docteur ès lettres (Paris), Director of Department of Political Science, Université de Montréal, Case Postale 6128, Montréal, Canada.

Henry Ashby Turner jr., Ph. D., Associate Professor of History, Yale University, Department of History, 237 Hall of Graduate Studies, New Haven, Connecticut, USA.